



Niederösterreich ist unser Zuhause

Integrationsleitfaden
für die Vielfalt

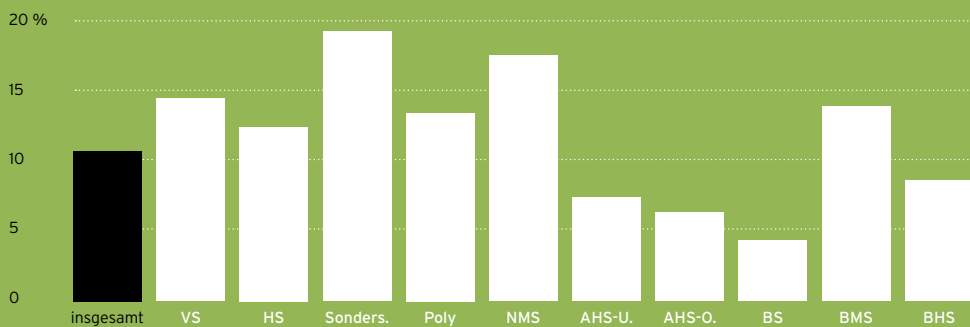
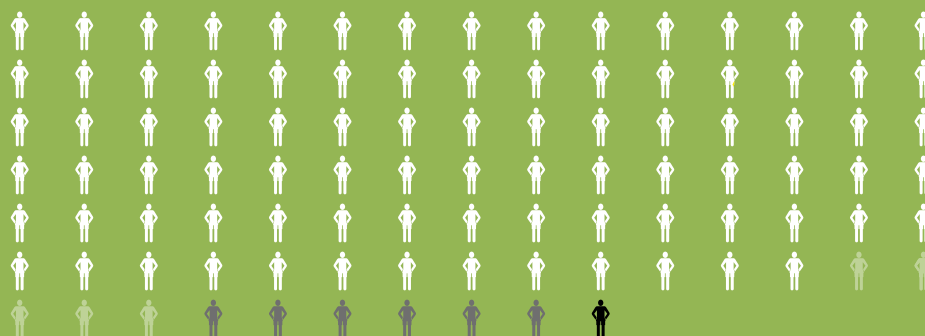


Abbildung 1:
Anteil der SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache nach Schultypen in Niederösterreich 2009/10



Österreichische Staatsangehörige geboren in Österreich: 88,6 %
Österreichische Staatsangehörige geboren im Ausland: 4,5 %

Ausländische Staatsangehörige geboren in Österreich: 1,1 %
Ausländische Staatsangehörige geboren im Ausland: 5,8 %

Abbildung 2:
Bevölkerung in Niederösterreich nach Herkunft

Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit = 6,9 % (Landesdurchschnitt)
Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und im Ausland geborene österreichische Staatsangehörige = 11,4 %
Quelle: Statistik Austria 2011

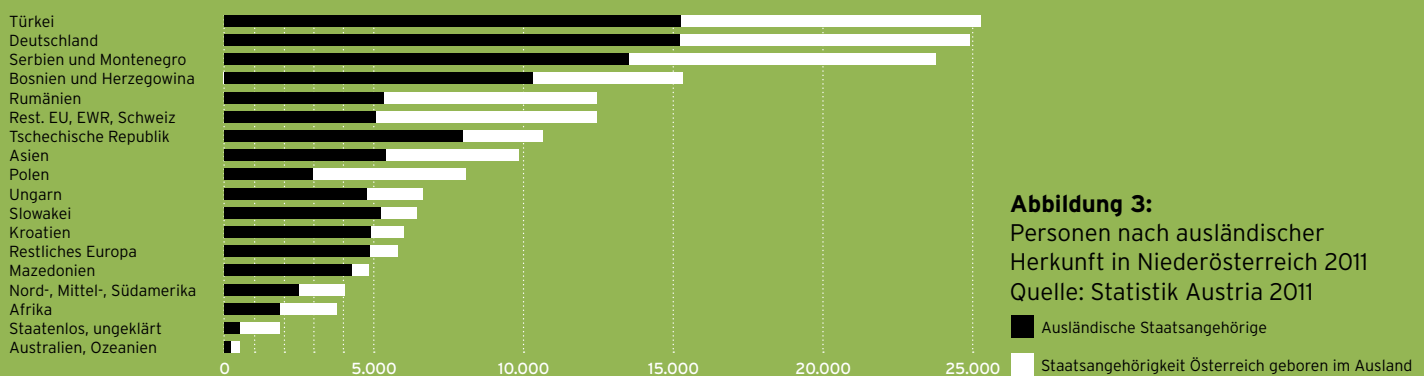


Abbildung 3:
Personen nach ausländischer Herkunft in Niederösterreich 2011
Quelle: Statistik Austria 2011

■ Ausländische Staatsangehörige
□ Staatsangehörigkeit Österreich geboren im Ausland

Im April 2011 wurde das Staatssekretariat für Integration gegründet - und damit auch ein neuer Zugang zur Integration gewählt: Entscheidend ist, was jemand in Österreich weiterbringt, nicht woher er kommt, welche Religion oder Hautfarbe jemand hat.

Das Integrationsleitbild NÖ aus dem Jahr 2008 stellt die Basis und den Rahmen für die Integrationsarbeit dar. Erstellt wurde es in einem breiten, über zwei Jahre verlaufenden Beteiligungsprozess mit VertreterInnen aus öffentlichen Einrichtungen, Behörden und Ämtern, Gemeinden, Interessenvertretungen, der Zivilbevölkerung mit ihren Vereinen sowie dem Land.

Integration ist ein langfristiger Prozess und eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Integration funktioniert nur dann, wenn Menschen der Aufnahmegesellschaft Offenheit leben, gute Rahmenbedingungen gegeben sind und Menschen mit Migrationshintergrund sich aktiv einbringen, um ein Teil der Gemeinschaft zu werden.

Integration ist ein Prozess des Aufeinanderzugehens, der institutionell gefördert und begleitet werden muss.

Damit jemand einen Beitrag in Österreich leisten kann, sind drei Dinge wesentlich: das Beherrschen der deutschen Sprache, eine Ausbildung und der Einstieg in den Arbeitsmarkt. Es geht hier um die sprachliche Frühförderung, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr, die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen - aber auch darum, Vorurteile abzubauen und Motivation zu schaffen.

Das Staatssekretariat für Integration arbeitet an diesen Themen, um die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern - gelebt werden muss Integration aber vor Ort, in den Gemeinden, Schulen, Betrieben und Vereinen. Das Engagement der einzelnen Bundesländer und Gemeinden ist hier entscheidend für das Gelingen eines positiven Miteinanders.

Die Broschüre über Integration in Niederösterreich soll einen Überblick verschaffen und die Integrationsarbeit erleichtern - wir wünschen viel Erfolg und bedanken uns für das Interesse und das Engagement für ein gelingendes Zusammenleben in Niederösterreich.

An der Entwicklung haben viele Akteure im Integrationsbereich mitgearbeitet. Sie haben sich darin verpflichtet, an der Weiterentwicklung der Integrationsarbeit mitzuwirken und zu ihrer laufenden Anpassung an neue Herausforderungen beizutragen.

Der aktuell vorliegende Leitfaden ist ein nächster konsequenter Schritt in der Integrationsarbeit unseres Bundeslandes. Er wirft Streiflichter auf die jüngere Vergangenheit der Wanderungen nach Niederösterreich, ihre Auslöser und ihre Wirkungsweisen. Er zeigt den Umgang der Zivilbevölkerung und der verschiedenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Akteure mit der zunehmenden Vielfalt unserer Bevölkerung.

Der Leitfaden informiert über Beispiele modern gestalteter und gelebter Integration in den verschiedenen Handlungsfeldern, die zur Anregung und Nachahmung in den Gemeinden dienen. Unser Dank gilt den Menschen, die sich in der Integrationsarbeit engagieren und damit einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Niederösterreich leisten.

Freiwilligentätigkeit von MigrantInnen ist im Besonderen eine Chance sich an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, um nicht lediglich Gegenstand von Integrationsbemühungen zu sein. Die Einhaltung der österreichischen Rechts- und Grundordnung ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Bildung und Sprache unterstützen den Weg zu einer gelungenen Integration. Darüber hinaus braucht es das Fördern und Fordern, um für die Zukunft vorbereitet zu sein, denn Integration beruht auf Wechselseitigkeit. In diesem Wissen hat das Land NÖ eine flächendeckend funktionierende Struktur für die Gestaltung und Begleitung von Integration eingerichtet. Eine wichtige Brückenfunktion nimmt dabei das Integrationservice der NÖ Landesakademie ein.

In diesem Sinne ist der vorliegende Leitfaden eine wichtige und zukunftsweisende Grundlage für unsere gemeinsamen Integrationsbemühungen. An dieser Stelle danke ich allen mitwirkenden Personen und Institutionen sehr herzlich für ihr Engagement und die großartige Arbeit.

Sebastian Kurz
Staatssekretär für Integration

Dr. Erwin Pröll
Landeshauptmann

Karl Wilfing
Landesrat

„Zuhause“ ist der Ort, wo der Grundstein für eine lokale Integration und für eine lokale Gemeinschaft gelegt wird.



Inhalt

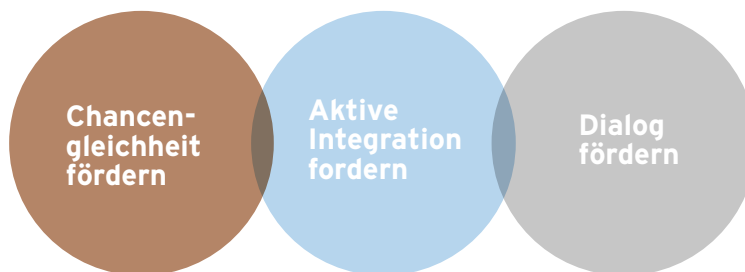
5	1. Integrationsarbeit in Niederösterreich
6	2. Ziele und Dimensionen von Integration
7	2.1. Einigung auf Grundrechte und Grundwerte
7	2.2. Förderung der Potenziale der Zugewanderten im Einklang mit den Maßnahmen für Einheimische
8	2.3. Sicherstellung von Rahmenbedingungen, die ein Zugehörigkeitsgefühl zwischen Zugewanderten und Einheimischen entstehen lassen
8	3. Strategische Handlungsfelder und Umsetzungsmaßnahmen
8	3.1. Politik und Verwaltung
11	3.2. Sprache und Bildung
13	3.3. Begegnung und Kommunikation
15	3.4. Arbeit und Wirtschaft
17	3.5. Gesundheit und Soziales
19	3.6. Wohnen
20	3.7. Zusammenleben in Gemeinde und Region
21	4. Analyse
21	4.1. Niederösterreich hat eine lange Zuwanderungsgeschichte
23	4.2. GastarbeiterInnen, Flüchtlinge und die Europäische Union
24	4.3. Steuerung und Gestaltung der Migration und Integration
25	5. Entwicklungen und Herausforderungen
25	5.1. Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft
27	5.2. Zuwanderung als Herausforderung für die Bildungspolitik
29	5.3. Alterung der Bevölkerung als Herausforderung für Migrations-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik
30	5.4. Qualifikationsprofil der Einheimischen und ZuwanderInnen im Wandel
30	5.5. Pluralisierung der Lebenswelten und regionale Konzentrationen
33	5.6. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als Herausforderung für die regionale Entwicklung
35	6. Ausblick



1. Integrationsarbeit in Niederösterreich

Niederösterreich hat eine lange Tradition der Einwanderung. In vielen österreichischen Familien waren die Großeltern selbst EinwanderInnen, die schon lange als selbstverständlicher Teil der österreichischen Gesellschaft gesehen werden. Man sieht nur das jetzige Fremde oder Andere und ist noch nicht sicher, welchen Einfluss die neue Zuwanderung auf uns haben wird. Solange die Bemühungen für ein friedliches Miteinander und Nebeneinander gewährleistet sind, wird der Prozess der Weiterentwicklung und Entfaltung neuer Lebensmuster ohne große Konflikte voranschreiten. Voraussetzung dafür ist, dass die demokratischen Wege und Verhaltensmuster erhalten und weiterentwickelt werden.

Fördern
und Fordern



In diesem Sinne hat sich Niederösterreich schon früh mit der Frage der Integration auseinandergesetzt. Am Beginn stand das von der EU geförderte Projekt „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft“, in dem vier Städte Niederösterreichs (Guntramsdorf, Hainburg, Krems, Traismauer) Leitbilder entwickelten.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend hat die Niederösterreichische Landesregierung im November 2006 die NÖ Landesakademie mit der Entwicklung eines Leitbildes zur Integration von MigrantInnen in Niederösterreich beauftragt. Ziel der Leitbilderstellung war die Entwicklung der wichtigsten Leitlinien in Bezug auf die Herausforderungen und Probleme. Als eine der ersten Maßnahmen wurde im Jahr 2008 eine funktionierende Struktur für die Gestaltung und Begleitung von Integration, nämlich das Integrationservice an der NÖ Landesakademie, eingerichtet.

Diese Serviceeinrichtung versteht sich als Drehscheibe für Integrationsarbeit in Niederösterreich. Die Hauptaufgabe ist die Beratung und Vernetzung von BürgerInnen, Politik, Verwaltung, Gemeinden sowie Vereinen bei der Entwicklung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen. Die Tätigkeit der Stelle richtet sich an alle in Niederösterreich lebenden Menschen (mit Ausnahme des Asylwesens/Flüchtlingshilfe, die in der Zuständigkeit der Koordinationsstelle für Ausländerfragen/Grundversorgung im Amt der NÖ Landesregierung liegt).

Das Integrationservice
der NÖ Landesakademie
als Drehscheibe für
Integrationsarbeit

Die niederösterreichische Integrationsarbeit ist mit den bundesweiten Schwerpunkten, die im Nationalen Aktionsplan (NAP.I) im Jahr 2009 vorgestellt wurden, abgestimmt. Die Förderung der Integration ist aber nicht nur ein Anliegen des Bundes, der Länder und Gemeinden, sondern auch der Europäischen Kommission (EK). Der europäische Weg der Förderung der Integration liegt einerseits in der Unterstützung von Strukturen und Reformen von Einrichtungen, die der Integration von legalen MigrantInnen aus Drittstaaten förderlich sind, andererseits in der Schaffung von Foren, die die Koordination und den Erfahrungsaustausch von guten Praxisbeispielen unterstützen. Der erste Erfolg in dem Zusammenhang war die Einigung auf die „Blue-Card“, d.h. ein schnelles Verfahren bei der Regelung der Niederlassung und des gleichzeitigen Arbeitsmarktzuganges von hochqualifizierten Drittstaats-

angehörigen (one stop shop). In Österreich wurde diese Richtlinie zum Anlass für eine Erweiterung der Zugangsregelungen auf Fachkräfte und ausgewählte, knappe Hilfskräfte (Rot-Weiss-Rot-Karte) genommen, die im Juli 2011 in Kraft getreten ist.

2. Ziele und Dimensionen von Integration

Integration zielt auf Partizipation an wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Prozessen sowie auf die Einhaltung der damit verbundenen Pflichten ab. Integration ist ein individueller ebenso wie ein gesellschaftlicher Prozess, der durch eigenverantwortliches Engagement sowie durch staatliche Rahmenbedingungen zu gestalten ist. Die Herausbildung eines österreichischen Wir-Gefühls, das von der Mehrheitsgesellschaft und den MigrantInnen gemeinsam getragen wird, ist ein zentrales Anliegen integrationspolitischer Bemühungen. (Nationaler Aktionsplan für Integration/Seite 3)

Dieser Prozess erfordert vier Dimensionen:

- >> strukturelle Dimension
- >> soziale Dimension
- >> kognitive Dimension
- >> identifikative Dimension

Heinz Fassmann (Präsentation im Rahmen des Nationalen Aktionsplans des BM.I 2009)

Die strukturelle Dimension beinhaltet den gleichberechtigten Zugang aller zu den gesellschaftlichen Bereichen wie Arbeit, Bildung, Schule, Wohnungsmarkt etc.

Die soziale Dimension beinhaltet die Verbesserung der sozialen Begegnung zwischen Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Die kognitive Dimension betrifft die Sprache, die als Schlüssel zur gelingenden Integration gilt. Sehr gute Deutschkenntnisse helfen Barrieren zu überwinden und Chancen wahrzunehmen. Die wertschätzende Haltung der deutschen Sprache und der Mehrsprachigkeit gegenüber ist eine wichtige Voraussetzung in der Integrationsarbeit.

Die identifikative Dimension beinhaltet die Bereiche der Identifikation und Identität. Es bedarf einer begleitenden Unterstützung beim Ankommen in die neue Heimat und beim Finden der Zugehörigkeit.

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess und ist als Querschnittsaufgabe bei allen Aktivitäten mit einzubeziehen.

Drei Grundvoraussetzungen sind für eine erfolgreiche Integration notwendig: Die Einigung auf Grundrechte und Grundwerte, die Förderung der Potenziale der Zugewanderten im Einklang mit den Maßnahmen für Einheimische sowie die Sicherstellung von Rahmenbedingungen, die ein Zugehörigkeitsgefühl zwischen Zugewanderten und Einheimischen entstehen lassen.

Eigenverantwortliches
Engagement und
staatliche Rahmen-
bedingungen

Unterstützung
beim Ankommen
in die neue Heimat

2.1. Einigung auf Grundrechte und Grundwerte

Die Grundrechte der österreichischen Gesellschaft umfassen die Sicherung der Menschenrechte (Menschenrechtscharta), die Freiheit der Meinungsäußerung und die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit; zu den Grundwerten zählen weiters das demokratische Prinzip, die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien sowie die Sicherung der Lebenschancen aller. Die Französische Revolution hat die Grundwerte unserer Gesellschaft in drei Worte gefasst: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Diesem Grundsatz zufolge sind bürgerliche, politische, kulturelle, soziale und ökonomische Grundrechte prinzipiell gleichrangig. Sie sind weiters nicht verhandelbar, d. h. sie haben universelle Gültigkeit, unabhängig von Weltanschauung und Religion. Die Anerkennung der Grundrechte und Grundwerte liegt auch dem Konzept des Nationalen Aktionsplans für Integration (NAP.I) des Bundesministeriums für Inneres (BM.I) zugrunde.

Der NAP.I fügt noch hinzu, dass die Achtung der Menschenwürde und die Gleichstellung von Frau und Mann eine unverzichtbare Basis für Integration und gesellschaftliche Partizipation sind. Auch die Bekämpfung von Rassismus, Extremismus, Verhetzung und Diskriminierung werden als unverzichtbar für die Sicherung des Rechtsstaates angesehen.

Die Grundrechte und Grundwerte definieren öffentliche Spielregeln, die das Fundament für gelingende Integration sind. Sie geben MigrantInnen ebenso wie Einheimischen Rechtssicherheit. Es ist Aufgabe der Bildungs- und Informationsarbeit der Länder und Gemeinden, die Grundrechte und Grundwerte in ihrer vollen Bedeutung allen bewusst zu machen, damit es zu einem gemeinsamen Verständnis darüber kommt und damit die Rechte und Pflichten des Einzelnen und der Gesellschaft zum Wohle aller eingehalten werden.

Der Expertenrat für Integration im BM.I erarbeitet derzeit Materialien zur Verdeutlichung der Grundwerte und Grundrechte, die alle Menschen in Österreich betreffen und die Grundlage des sozialen Verhaltens sein sollen.

2.2. Förderung der Potenziale der Zugewanderten im Einklang mit den Maßnahmen für Einheimische

Die grenzüberschreitenden Migrationen tragen ebenso wie der technologische Wandel und die Globalisierung zu einer steigenden Vielfalt der Verhaltensmuster der Menschen bei. Das ist eine Herausforderung für die Gesellschaft und ihre historisch gewachsenen Organisationsstrukturen. Die österreichischen institutionellen Rahmenbedingungen sind also nicht wertneutral, sondern bilden die historische Entwicklung der Normen und Traditionen der österreichischen Gesellschaft ab. Sie repräsentieren bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse und tragen zu ihrem Fortbestand bei.

Die Zuwanderung erzwingt eine schicht- und milieuspezifisch differenzierte Reflexion bestehender Muster und Einstellungen. So gesehen thematisieren Migrationen sozialräumliche Strukturen und soziokulturelle Abgrenzungen, wie den Umgang mit Heterogenität, Differenz und Ungleichheit. Es wird von weiten Teilen der Bevölkerung von MigrantInnen Anpassung an das Verhalten der Einheimischen erwartet, ohne zu bedenken, dass derartige Anpassungsleistungen eine Unterordnung der ethnisch-kulturellen Identität der ZuwanderInnen an die des Aufnahmelandes bedeuten. Damit wird die mitgebrachte Kultur abgewertet, als mangelhaft wahrgenommen, womit unzweifelhaft eine gewisse Selbsteinschränkung und Verringerung des individuellen Entwicklungspotenzials auf Seiten der MigrantInnen Hand in Hand geht.

Kulturelle Offenheit gegenüber dem jeweils Anderen ist der Weg zu einer gelungenen Integration.

Die Vitalität der Sprachen und der Kulturen ist als Stärke zu sehen. Sie ist eine Bereicherung ebenso wie die Minderheitensprachen Österreichs, die die Brücke zu den alten Kulturen der österreichisch-ungarischen Monarchie darstellen. Sie erlauben einen wirtschaftlichen Brückenschlag Niederösterreichs zu den Regionen der neuen EU-Mitgliederstaaten. Das gilt gleichermaßen auch für ZuwanderInnen aus anderen Weltregionen, die ihre Chancen auf Selbstentfaltung nur dann voll wahrnehmen können, wenn sie auch ihr mitgebrachtes Sozialkapital einbringen können.

2.3. Sicherstellung von Rahmenbedingungen, die ein Zugehörigkeitsgefühl zwischen Zugewanderten und Einheimischen entstehen lassen

Um ein Wir-Gefühl entstehen zu lassen, braucht es eine positive Einstellung gegenüber Pluralität und Vielfalt in allen Bereichen der Gesellschaft. Dazu gehören eindeutige Positionen und Stellungnahmen, die vor allem den MigrantInnen, aber auch den Einheimischen das Gefühl der Sicherheit, Anerkennung und Wertschätzung geben. Es braucht dafür auch Medien, die das Thema differenziert und sachlich darstellen. Zur Versachlichung trägt einerseits die Sichtbarmachung von hochqualifizierten MigrantInnen wie ÄrztInnen, IngenieurInnen, KünstlerInnen und anderen Berufen, wie PflegerInnen und Reinigungspersonal, bei, andererseits die Berücksichtigung von einschlägigen Forschungserkenntnissen, die den positiven Effekt der Zuwanderung für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Versorgung untermauern. Vielfalt kann nur dann gelebt werden, wenn alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt und ohne Vorurteile in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden, unabhängig von ethnisch-kulturellem Hintergrund, Rasse, Religion, Alter und Geschlecht. Das Antidiskriminierungsgesetz ist der Baustein für Chancengleichheit. Die Förderung der Teilhabe und der aktiven Integration in allen Lebensbereichen ist eine notwendige Voraussetzung für ein gleichberechtigtes Zusammenleben. Für die Umsetzung bedarf es konkreter Handlungsfelder, auf die in der Folge eingegangen wird.

Positiver Effekt der Zuwanderung für die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Versorgung

3. Strategische Handlungsfelder und Umsetzungsmaßnahmen

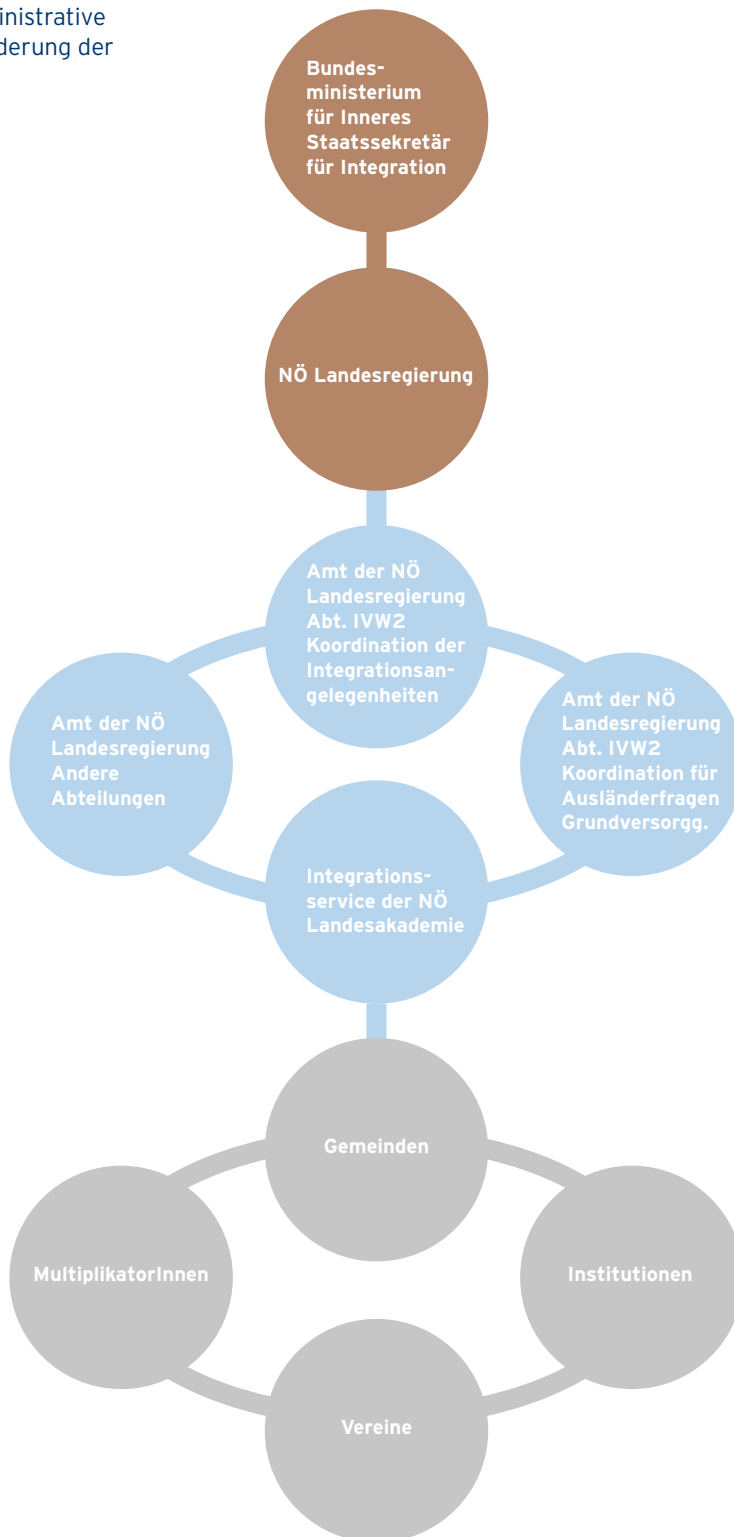
Der niederösterreichische Integrationsleitfaden sieht sieben Handlungsfelder vor, die mit den inhaltlichen Zielen und Handlungsfeldern des Nationalen Aktionsplanes Integration (NAP.I) des Bundesministeriums für Inneres (BM.I) im Wesentlichen übereinstimmen. Sie umfassen neben der Steuerung und den Verwaltungsstrukturen die Bereiche Sprache-Erziehung-Bildung, Kultur-Begegnung-Kommunikation, Arbeit-Wirtschaft, Gesundheit-Soziales, Wohnen und Zusammenleben in Gemeinden. Im Folgenden werden Einzelmaßnahmen vorgestellt, die darauf abzielen, die gesellschaftlichen Teilhabechancen von MigrantInnen in NÖ zu verbessern. Sie stehen für die Innovationskraft und das Engagement der verschiedenen Personengruppen einer Zivilgesellschaft sowie das Verständnis und die Bereitschaft zur Unterstützung und Förderung durch die öffentliche Hand in den verschiedenen Konstellationen.

3.1. Politik und Verwaltung

Von der zuständigen Abteilung der Niederösterreichischen Landesregierung wird die ressortübergreifende administrative Steuerung und Koordination der Integrationsarbeit in Niederösterreich wahrgenommen. Sie ist die Schnittstelle der Koordination mit der Bundesebene und der Landes- und Gemeindeebene. Zur Umsetzung von Maßnahmen in Form von Gemeindeberatung und Projektentwicklung wurde das Integrationsservice an der NÖ Landesakademie eingerichtet (siehe Seite 9). Von diesem konnten bisher mehr als 130 Projekte in niederösterreichischen Gemeinden unterstützt werden. Eine wichtige Rolle nehmen in der Integrationsarbeit regelmäßige Vernetzungstreffen und Informationsveranstaltungen mit unterschiedlichsten Akteuren vom Bildungs- bis zum Regionalentwicklungsbereich ein. Auf Landesebene wurde verstärkt die Vernetzung zwischen den Abteilungen, Interessensvertretungen und Institutionen forciert, wodurch eine Vielzahl von Projektkooperationen ermöglicht wurde und laufend wird.

Das Integrationsservice der NÖ Landesakademie unterstützte bisher mehr als 130 Projekte in niederösterreichischen Gemeinden.

Politische und administrative Strukturen der Förderung der Integration in NÖ





Auf Gemeindeebene werden verstärkt Zuständigkeiten für Integration festgelegt und eigene Integrationsbeauftragte ernannt. In mehreren Städten wie etwa St. Pölten und Wiener Neustadt gibt es eigene „Integrationsbüros“ bzw. werden Vereine, wie z. B. Impulse Krems, von den Gemeinden mit der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen beauftragt.

Wichtige Voraussetzung für den Spracherwerb ist, dass Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch die Chance haben, ihre Familiensprache gut zu erlernen.

3.2. Sprache und Bildung

Mehrsprachigkeit wird in der Arbeitswelt schon lange als Ressource geschätzt. Seit einigen Jahren gibt es die NÖ Sprachenoffensive für NachbarInnensprachen und eine Initiative zur Förderung der Nachbar- und MigrantInnensprachen im Schulwesen. Wichtige Voraussetzung für den Spracherwerb ist, dass Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch die Chance haben, ihre Familiensprache gut zu erlernen. Es ist sprachwissenschaftlich erwiesen, dass auf diesem Fundament die Basis für das umfassende Erlernen weiterer Sprachen beruht.

Notwendige außerschulische Unterstützung fehlt oft.

In der Praxis zeigt sich, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund oft ihre Potenziale und Fähigkeiten in den Schulen nicht voll zur Entfaltung bringen können. Ihre Lernfortschritte hinken daher hinter denen der einheimischen Kinder nach, oft weil ihre Eltern nicht in der Lage sind, die außerschulische Unterstützung anzubieten, die sich einheimische Eltern zu organisieren wissen und die sie sich auch leisten können. Kinder von ärmeren Personengruppen und von Menschen, die mit den ortsüblichen Gepflogenheiten nicht vertraut sind, erhalten aber oft nicht die Unterstützung, die sie bräuchten, um sich und ihre Fähigkeiten in der Schule voll entfalten zu können.

Die Konzentration von ärmeren Personengruppen, häufig mit Migrationshintergrund, auf gewisse Stadtteile und Schulen, der Mangel an unterstützender Lernbetreuung, die starke Selektion innerhalb des Schulsystems – Österreich hat im internationalen Vergleich hohe Durchfallquoten und die Selektion am Übergang von der Volksschule zur unteren Sekundarstufe setzt vergleichsweise früh ein – tragen allesamt dazu bei, dass sich die Bildungschancen von Kindern unterschiedlicher Sozialschichten deutlich unterscheiden.

Interkulturelle MitarbeiterInnen unterstützen interkulturelles Lernen.

Interkulturelle MitarbeiterInnen (IKM) in NÖ Landeskinderergärten und in ausgewählten Volksschulen

Seit 1992 bildet die Abteilung Kindergarten in Kooperation mit der NÖ Landesakademie Interkulturelle MitarbeiterInnen (IKM) aus, damit sie interkulturelle Pädagogik in die Kindergärten und nunmehr auch in die Volksschulen tragen. Mit der Ausbildung wurde ein neues Berufsbild geschaffen, das interkulturelles Lernen unterstützt und die individuelle Handlungskompetenz erhöht. Bis zum Jahr 2012 wurden nunmehr 80 IKM für Landeskinderergärten ausgebildet.

Die Aufgabenbereiche der IKM liegen in der gemeinsamen Planung, Durchführung und Reflexion interkultureller Projekte. Die IKM geben Impulse für die Gestaltung des Tagesablaufs, sodass alle Kinder an den Angeboten teilnehmen können. Sie unterstützen die Kinder in der Familiensprache, was den Erwerb der deutschen Sprache als Zweitsprache begünstigt. Sie setzen Sprachimpulse und bauen Brücken vom gemeinsamen Spiel zur gemeinsamen Sprache.

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Eltern ein wichtiges Bindeglied zwischen den Kindern, dem Kindergarten und der Schule sind, treten IKM auch als Brücke zu den Eltern auf. Sie organisieren Elterngespräche, Elternabende und agieren als interkulturelle und sprachliche ÜbersetzerInnen/VermittlerInnen. Interkulturelles Lernen eröffnet Kindern, Eltern und pädagogischen Teams eine bessere Basis für die Zusammenarbeit und erleichtert ein gleichberechtigtes Zusammenleben. Interkulturelle MitarbeiterInnen sind aber auch eine Anlaufstelle für interkulturelle Beratungsangebote; sie sind damit ein Bindeglied zu anderen Beratungsstellen und Institutionen. In diesem Sinne tragen IKM zur Vernetzung und Kooperation vieler Bildungseinrichtungen im Elementarbereich (Kindergärten, Schulen, Horte, Tagesbetreuungseinrichtungen etc.) bei und ermöglichen damit viele Synergien.

Ein hoher Bedarf an Aufgaben- und Lernhilfe außerhalb der Schule

Seit 2009 werden IKM an Volksschulen mit einem hohen Anteil an mehrsprachigen Kindern eingesetzt. Ihre Aufgabe ist LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern zu unterstützen, damit die Kinder von Anfang an gerne und gut lernen. IKM sind pädagogische Betreuungspersonen, zusätzlich zu den KlassenlehrerInnen. Sie unterstützen diese im Unterricht. Ihre Aktivitäten richten sich an alle Kinder, insbesondere an jene mit Sprach- und Lernschwierigkeiten. Sie sollen gemeinsames Lernen fördern, um die Kinder auf ein gleichberechtigtes Leben in einer multikulturellen Gesellschaft gut vorzubereiten. Seit 2009 sind 27 IKM in Volksschulen im Einsatz, und zwar in Gebieten mit hoher MigrantInnenkonzentration wie z. B. Wr. Neustadt, Baden, Bad Vöslau, Krems, Traiskirchen, Ebenfurth, Ebreichsdorf, Berndorf und Leobersdorf.

Lernhilfe ermöglichen

Der hohe Bedarf an Aufgaben- und Lernhilfe außerhalb von Schule und Hort/Nachmittagsbetreuung hat sowohl in den Gemeinden als auch bei Sozialeinrichtungen vielfältige Initiativen hervorgerufen. So bietet beispielsweise das NÖ Hilfswerk über seine Zentren für Beratung und Begleitung geförderte Lernhilfe in Schwerpunktregionen an. Neben regelmäßiger Aufgabenbetreuung werden weitere Aktivitäten in den Sommerferien wie z. B. Sprachcamps direkt über Gemeinden oder durch Vereine angeboten. Besonders hervorzuheben ist dabei auch die zunehmende Bereitschaft von pensionierten LehrerInnen, Kinder aus sozialschwachen Familien ehrenamtlich zu unterstützen und kostenlos Nachhilfe zu geben. „Zeit Punkt Lesen“ ist eine 2007 vom Land NÖ ins Leben gerufene Initiative, die Kinder in ihrem Leselernprozess fördert und Jugendliche in ihrem Leseverhalten stärkt.

MigrantInnen sollen ihre Berufe und Tätigkeiten ausüben, damit sie ihre Fähigkeiten voll einbringen können.

Sprachkompetenz fördern

Auch in der Erwachsenenbildung kommt der Förderung der deutschen Sprache zunehmende Bedeutung zu. Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind oft die Voraussetzung dafür, dass MigrantInnen Berufe und Tätigkeiten ausüben, in denen sie ihre Fähigkeiten voll einbringen können.

Vor allem in den besonders dynamischen Beschäftigungsbereichen der Dienstleistungen, allen voran den personenbezogenen Dienstleistungen wie den Gesundheits- und Sozialberufen, ist die sprachliche Kommunikationsfähigkeit von großer Bedeutung. Wenn MigrantInnen die Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Bereichen wahrnehmen wollen, ist dem Erwerb der deutschen Sprache besonderes Augenmerk zu schenken (Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache). Dies kann über eine begleitende Berufsausbildung in der Muttersprache oder zumindest einer Vermittlung der Berufssprache in der Muttersprache erfolgen, damit die beruflichen Anforderungen und die eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse besser miteinander in Einklang gebracht werden können.

Seit September 2003 läuft in Niederösterreich die erfolgreiche Aktion der NÖ Sprachenoffensive, die niederösterreichischen Kindern, Jugendlichen, aber auch Erwachsenen zahlreiche Möglichkeiten bietet, die Sprachen unserer NachbarInnen zu erlernen. In den NÖ Landeskindergärten werden an 100 Standorten spielerisch die NachbarInnensprachen erlernt und entdeckt. Im Jahr 2004 wurden Sprach-CD-ROMs (Selbstlernhilfe für den PC) in den drei Sprachen für „den Alltag“ und für „Geschäftskontakte“ produziert. Zusätzlich wurden zur Umsetzung diverser Sprachprojekte Servicestellen in den Regionen gegründet.

Gerade die Grenzregionen Niederösterreichs sind ein wichtiger Impulsgeber für die aktive Gestaltung eines grenzüberschreitenden Alltags. Der Austausch auf kultureller, sportlicher, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Ebene lässt die einst so vorsichtigen Blicke über die Grenze vergessen. Dabei kommt der Sprache der Nachbarländer ein neuer Wert zu. Das Sprach-Kompetenzzentrum der NÖ Landesakademie versteht sich in diesem Prozess als Informationsdrehscheibe und Servicestelle für Sprachdienstleistungen in tschechischer Sprache. Das Projekt wird aus Mitteln der Europäischen Union gefördert.

Derzeit wird der Erwerb der deutschen Sprache für alle, die nicht unter die Integrationsvereinbarung fallen, oft der Eigeninitiative der MigrantInnen überlassen, ohne zu berücksichtigen, dass das Umfeld und die persönliche Lebenssituation das Lernen der deutschen Sprache erschweren können. So kann es vorkommen, dass Personen, die schon vor langer Zeit zugewandert sind, zum Teil auch die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben, nur ungenügend Deutsch sprechen. Das erschwert nicht nur ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sondern schränkt auch ihre Weiterbildungs- und Kommunikationsmöglichkeiten im täglichen Leben ein. Diese Situation führt oft zu der verallgemeinernden Äußerung mancher Einheimischen, dass die MigrantInnen nur unter sich bleiben wollen. Die strukturellen Ursachen, die zu dieser „freiwilligen“ Segregation führen, werden dabei zu oft übersehen. So gilt es verstärkt Angebote auch für wenig mobile Bevölkerungsgruppen anzubieten, die den Spracherwerb mit den sozialen Bedürfnissen vor Ort verbinden. Zusätzlich zu Volkshochschulen und BHW (Bildungs- und Heimatwerk) bieten auch Gemeinden oder Vereine speziell für diese Zielgruppe Deutsch-Basiskurse an. Dabei wird in einem auf das Vorwissen der TeilnehmerInnen abgestimmten Tempo, Sprachvermittlung mit Alltagsthemen, Exkursionen und Konversationsrunden verknüpft. Seit 2011 unterstützt das Integrationsservice in Kooperation mit dem Österreichischen Integrationsfonds auch Deutschkurse für Imame und ihre Frauen. Imame sind Multiplikatoren innerhalb der islamischen Community in einer Gemeinde und haben dadurch eine Schlüsselfunktion für den Integrationsprozess. Ihre Deutschkenntnisse sind unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass sie diese Aufgabe bestmöglich wahrnehmen können. Neben dem Spracherwerb werden auch rechtliche, gesellschaftliche und interreligiöse Informationen übermittelt. Diese Kenntnisse befähigen die Imame und deren Frauen für ein Wirken in der Mitte der Gesellschaft (Präventionsarbeit gegenüber Extremismus).

So gilt es verstärkt Angebote auch für wenig mobile Bevölkerungsgruppen anzubieten, die den Spracherwerb mit den sozialen Bedürfnissen vor Ort verbinden.

Zielgruppenspezifische Bildungsangebote forcieren

Beratungs- und Bildungsangebote richten sich an unterschiedliche Zielgruppen von Erwachsenen. Sie umfassen einerseits z. B. über Elternbildung gezielt Menschen mit Migrationshintergrund und bieten mehrsprachige Informationsabende zu Themen wie Erziehung oder dem österreichischen Schulsystem an, auch Bildungsberatung ist dabei ein wichtiger Schwerpunkt. Andererseits richten sie sich an die Gruppe der Menschen, die in ihrer Arbeit MigrantInnen – als BewohnerInnen oder KundInnen – betreuen und Bedarf an Reflexion und Schulung zu „Interkultureller Kompetenz“ haben. Für diese Zielgruppe gibt es den Kurs „Kulturelle Vielfalt in den Gemeinden“ an der NÖ Landesakademie. Ebenso organisiert das Integrationsservice maßgeschneiderte Schulungen für einzelne Institutionen.

3.3. Begegnung und Kommunikation

Miteinander In Dialog treten

„Integration beginnt mit Begegnung!“ Das ist das Motto der Integrationsgespräche, die in verschiedenen Orten von Niederösterreich zum Standardrepertoire der Integration und der Unterstützung der Kontaktaufnahme der Aufnahmebevölkerung mit den Neuzugewanderten geworden sind. Die Integrationsgespräche werden in Zusammenarbeit mit der Caritas und der jeweiligen Gemeinde veranstaltet. Ziel ist es, sich über das „Zusammen Reden“ näherzukommen und mehr Verständnis für die unterschiedlichen Denkweisen und Verhaltensmuster, die zum Teil kulturell geprägt sind, zu erhalten. Die Gespräche eröffnen aber auch die Möglichkeit, anhand von unterschiedlichen Schwerpunktthemen, wie z. B. Bildung oder Wohnen, Informationen über die österreichischen gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen in dem spezifischen Themenfeld zu vermitteln.

Ziel ist es, sich über das „Zusammen-Reden“ näherzukommen

Viele vom Land NÖ geförderte Projekte zielen auf den Dialog zwischen unterschiedlichen Zielgruppen ab. Mit Dialogveranstaltungen wird eine Auseinandersetzung in Gang gebracht, die sich auf die Lösung der Alltagsprobleme und damit die Lebenswirklichkeit des Zusammenlebens konzentriert. Es geht also um Begegnung, Verständigung, zum Teil auch Konfliktbewältigung, aus der sich eine neue Gemeinsamkeit ergibt. Besonders wichtig ist die Einbindung von jungen Menschen. Diese geschieht beispielsweise über das Projekt X-Change und die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit „role-models“ an Schulen oder Ausstellungen zu Alltagsrassismus, die Jugendliche im Rahmen von Projekten der Jugendarbeit erstellen.



Orientierung und Information anbieten

Die Einbindung von NeubürgerInnen ist eine wichtige Aufgabe von Kommunen, aber auch in der Nachbarschaft. Einige Städte und Gemeinde Niederösterreichs übergeben deshalb neuen MitbürgerInnen eine Willkommensmappe oder laden sie zu „NeubürgerInnenfesten“ ein. Ziel dabei ist der persönliche Kontakt und eine breite Information. Dies ist insbesondere für Menschen aus anderen Ländern wichtig, da sie mit den Strukturen in Niederösterreich wenig vertraut sind. Durch dieses Angebot bekommen NeubürgerInnen Einblick in die wichtigsten Behörden und ihre Zuständigkeiten, in Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten sowie einen Überblick über Freizeitangebote und das lokale Vereinsleben.

Lokale Netzwerke einbinden

Es gibt unter den BewohnerInnen Niederösterreichs eine große Bereitschaft, sich aktiv in den Gemeinden einzubringen. Eine wichtige Rolle spielen dabei Vereine, Einzelpersonen und Initiativen, die in der Integration lokal und überregional tätig sind. Sie können ihre Erfahrungen einbringen und damit einen wichtigen Beitrag zur Integrationsarbeit leisten. In manchen Gemeinden gibt es wenig Austausch mit MigrantInnen und ihren Vereinen. In diesem Bereich bietet das Integrationservice Unterstützung. Durch viele Kontakte kann das Integrationservice in ganz Niederösterreich den Austausch zwischen Gemeinden, Vereinen und Initiativen gezielt fördern. Neben den religiösen Vereinen gibt es viele Vereine, die kulturelle, soziale oder sportliche Ziele verfolgen und eine große Bereitschaft haben, sich in den Gemeinden bei diversen Aktivitäten und Veranstaltungen einzubringen. Viele Initiativen agieren ohne Vereinsstruktur als informelle Netzwerke. Besonders hervorzuheben sind Fraueninitiativen, deren Ziel gegenseitiger Austausch, Unterstützung und Empowerment ist, wie z. B. die Frauenvielfalt Bad Vöslau. Dieser niederschwellige Austausch unter „Gleichgesinnten“ wird oft mit konkreten Informations- und Bildungsangeboten verknüpft.

Besonders hervorzuheben sind Fraueninitiativen, deren Ziel gegenseitiger Austausch, Unterstützung und empowerment ist, wie z. B. die Frauenvielfalt Bad Vöslau.

Bei der Gestaltung der Kommunikation ist der religiösen Vielfalt besonderes Augenmerk zu schenken, denn Religionsfreiheit zählt zu den Grundpfeilern der österreichischen Verfassung. In dem Zusammenhang ist allerdings zu bedenken, dass das, was sich vordergründig als religiös geprägtes Verhaltensmuster darstellen mag, in der Realität oft der Ausdruck einer stark auf Familie und kollektive Traditionen aufbauenden Lebensweise ist. Das bedeutet, dass sich manche ZuwanderInnengruppen in der österreichischen Lebenswelt schwer zurechtfinden und bestimmte Verhaltensweisen für sich selbst ablehnen.

3.4. Arbeit und Wirtschaft: Zugang erleichtern und Aufstieg fördern

MigrantInnen leisten einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum Niederösterreichs. Sie können aber nicht immer ihre Potenziale voll entfalten und alle ihre Qualifikationen und Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einbringen. Das liegt u. a. daran, dass Österreich noch nicht die institutionellen Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen geschaffen hat, die für eine von Zuwanderung geprägte Gesellschaft notwendig wären. Das beginnt beim Schulsystem, das nicht in der Lage ist, den sozialen Hintergrund der Schülerschaft zu überwinden und allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen zu eröffnen. Diese Versäumnisse kann der Arbeitsmarkt nur ansatzweise wettmachen, indem Betriebe und das Arbeitsmarktservice Nachqualifizierungen vornehmen. Eine mittlerweile in den meisten Bundesländern bewährte Einrichtung, die Produktionsschulen, ermöglicht es Jugendlichen, die keinen Pflichtschulabschluss haben, diesen Abschluss nachzuholen. Damit halten sie die Zahl der Jugendlichen, die den Einstieg ins Berufsleben mangels entsprechender Qualifikation nicht schaffen, so gering wie möglich.

Mehr dazu auf www.produktionsschule.at

Anerkennung von Ausbildungen

Es ist schwierig, Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, mit den österreichischen Berufsbildern in Einklang zu bringen bzw. vergleichbar zu machen. Dadurch wird der Einstieg in den Arbeitsmarkt bzw. die bildungsadäquate Beschäftigung erschwert. Ebenso haben ausländische Arbeitskräfte oft Schwierigkeiten herauszufinden, welche Qualifikationen

Arbeitsmarkt:
Die erste Herausforderung für MigrantInnen liegt darin, eine Chance auf ein Vorstellungsgespräch zu bekommen. Die zweite Herausforderung liegt in der Darstellung der eigenen Kompetenzen. Die dritte Herausforderung liegt in der Bewertung der Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden.

notwendig und nachzuweisen sind, um in einem spezialisierten und stark arbeitsteiligen Arbeitsmarkt wie dem österreichischen eine passende Beschäftigung zu finden. Das zeigen Interviews von Personalverantwortlichen in Betrieben und von MigrantInnen. Diesen Interviews zufolge liegt die erste große Herausforderung für MigrantInnen darin, eine Chance auf ein Vorstellungsgespräch zu bekommen. Die zweite Herausforderung liegt in der Darstellung der eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten, was angesichts der Unsicherheit über die Anforderungen und die Vergleichbarkeit der Kompetenzen, die im Ausland erworben wurden, schwierig ist. Die dritte Herausforderung liegt in der Bewertung der Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden. Hierzu zählen etwa die freien Berufe wie ÄrztInnen, ApothekerInnen, RechtsanwältInnen, SteuerberaterInnen, WirtschaftsprüferInnen. In der Folge kommt es nicht nur einmal vor, dass im Ausland ausgebildete MedizinerInnen in Österreich nur als TaxifahrerInnen oder PflegerInnen eine Beschäftigung finden.

Behördenwegweiser

Das Staatssekretariat für Integration und das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz haben mit der Installierung eines Behördenwegweisers im Internet darauf reagiert. Mit diesem Serviceangebot können alle BürgerInnen mit Migrationshintergrund gezielte Informationen über die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Ausbildung auf dieser neuen Website abrufen und die zuständige Behörde rasch ermitteln: www.berufsanerkennung.at

Die demografisch bedingte Alterung der Bevölkerung Österreichs führt zu einem dramatischen Rückgang der Erwerbstätigen. Aus diesem Grund kommt es zu einem Wettbewerb um qualifizierte ZuwanderInnen. Nicht zuletzt deshalb ist es notwendig, ein umfassendes System zu entwickeln, um die Transparenz der Fähigkeiten und Kompetenzen, die in den diversen Elementen der Bildungssysteme in Österreich und anderswo erworben werden, zu erhöhen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass Österreich die Fähigkeiten der MigrantInnen vor Ort optimal einsetzen kann. Es ist aber auch eine Voraussetzung dafür, dass Niederösterreich in der Lage ist, am internationalen Wettbewerb um qualifizierte teilzunehmen. Beides ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum nachhaltig zu sichern.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In Niederösterreich wird zunehmend das Angebot an Nachmittagsbetreuungs- und Kindergartenplätzen ausgebaut, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Denn eine lange Unterbrechungsphase erschwert den späteren Wiedereintritt ins Erwerbsleben, insbesondere wenn man in die sozialen Netzwerke der Mehrheitsgesellschaft, die bei der Suche nach Arbeit behilflich sind, nicht voll eingebunden ist. Die Sicherung der eigenständigen Versorgung und die gesellschaftliche Partizipation der Migrantinnen sind von vorrangiger Bedeutung. Speziell für die Gruppe der Hausfrauen mit Kindern gibt es eigene Mentoring- und Sprachförderprogramme mit dem Ziel, sie persönlich zu stärken und ihnen neue Kompetenzen zu vermitteln, die sie auch auf das Berufsleben vorbereiten. Die Erwerbstätigkeit erleichtert auch die Aus- und Weiterbildung, was für die Teilnahme an einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft ausschlaggebend ist. Daher gilt es die Kombination von Beruf bzw. Aus- und Weiterbildung und Familie zu erleichtern.

In vielen Bereichen gibt es Bedarf an qualifizierten, mehrsprachigen MitarbeiterInnen.

Qualifizierte mehrsprachige MitarbeiterInnen

In vielen Bereichen gibt es Bedarf an qualifizierten, mehrsprachigen MitarbeiterInnen. Neben den Bildungseinrichtungen Kindergarten und Schule besteht dieser in der Sozialarbeit und den Gesundheits- und Pflegeberufen ebenso wie z. B. in der Verwaltung der Kommunen und Wohnbaugenossenschaften. Die Beratung und Ermutigung von Menschen mit Migrationshintergrund neue Berufsfelder zu besetzen und entsprechende Qualifizierungen zu erwerben, ist ein wichtiges Ziel. Dies wird einerseits dadurch erreicht, dass immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund höhere allgemeine oder berufsbildende Schulen abschließen, andererseits über den zweiten Bildungsweg, wie z. B. im Rahmen des Projektes „Interkulturelle MitarbeiterInnen“, das nicht nur pädagogisch, sondern auch arbeitsmarktpolitisch hervorzuheben ist.

Selbständigkeit - Klein- und Mittelbetriebe erweitern das bestehende Angebot

MigrantInnen machen sich oft selbständig und organisieren sich ihren Arbeitsplatz selbst. Sie verbessern damit die Nahversorgung und bereichern die Angebotspalette von Gütern und Dienstleistungen. Zum Abbau der Zugangsbarrieren für MigrantInnen auf dem Weg in die Selbständigkeit wurde das Kooperationsprojekt „Semimi“ initiiert, um bedarfsorientierte Beratung anbieten zu können. Es werden Gründerabende, Businessplan-Seminare und der Zugang zu Jungunternehmer-Netzwerken angeboten. In das Netzwerk ist nicht nur das RIZ, die Gründer-Agentur für Niederösterreich, eingebunden, sondern auch BLITZ, eine Beratungsstelle für MigrantInnen in Baden bei Wien, sowie die BAKHAS Neunkirchen, eine Bundeshandelsakademie und Handelsschule, die im Rahmen eines Schulversuchs unternehmerisches Denken und Handeln in den Lehrplan einbindet.

Mehr auf:
www.riz.at

3.5. Gesundheit und Soziales

Der Einsatz von MigrantInnen in Tätigkeiten, die mit besonderen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden sind, trägt dazu bei, dass MigrantInnen nach einer langen Berufstätigkeit oft eine Kombination von Krankheitsbildern aufweisen, die einer spezifischen medizinischen Behandlung und Versorgung bedürfen. Vor diesem Hintergrund ist der Prävention besonderes Augenmerk zu schenken, einerseits im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung, andererseits in der Information der Menschen (mit und ohne Migrationshintergrund) über die Konsequenz von Arbeitsbelastungen in Kombination mit persönlichen Verhaltensmustern (Rauchen) und Ernährungsweisen. Unzureichende Deutschkenntnisse können den Zugang zu derartigen Informationen erschweren. MigrantInnen müssen verstärkt auf ihre Gesundheit achten, indem sie sich vor Augen führen, wie sie mit ihrer Lebens- und Ernährungsweise sowie den Verhaltensmustern, etwa regelmäßiger Bewegung und Arztbesuchen, ihre Gesundheit beeinflussen („health literacy“ der MigrantInnen). Gleichzeitig ist es aber ebenso wichtig, dass im Gesundheitswesen differenziert auf diese neuen Zielgruppen eingegangen wird und auch die „Sprachbarriere“ durch klinikinterne Dolmetschdienste oder mehrsprachige MitarbeiterInnen überwunden wird.

MigrantInnen müssen verstärkt auf ihre Gesundheit achten, indem sie sich vor Augen führen, wie sie mit ihrer Lebens- und Ernährungsweise sowie den Verhaltensmustern, etwa regelmäßiger Bewegung und Arztbesuchen, ihre Gesundheit beeinflussen („health literacy“ der MigrantInnen).

Interkulturelle Kompetenz im Gesundheitswesen

Die Verankerung von interkultureller Kompetenz im Gesundheitswesen bedeutet einerseits das Gesundheits- und Pflegesystem für die besonderen Bedürfnisse von MigrantInnen zu sensibilisieren, andererseits MigrantInnen auf ihre eigene Rolle und ihre Möglichkeiten bei der Sicherung eines gesunden Lebens aufmerksam zu machen. Dazu gehören auch Beratungsangebote in den Sprachen der wichtigsten Herkunftsländer ebenso wie die Entwicklung eines Ausbildungssystems bzw. von Ausbildungsmodulen, die eine kultursensible Betreuung in den Spitälern und Pflegeeinrichtungen sowie im Spitalsmanagement sicherstellen.

Am Beginn eines derartigen Systems kann die Entwicklung eines Leitbilds von Krankenanstalten stehen, in dem MigrantInnen als PatientInnen eine Behandlung erfahren, die sich der Herkunft und der damit verbundenen möglichen Spezifika von Verhaltensmustern und Krankheitsbildern bewusst ist.

In einem ersten Pilotprojekt wurden ausgehend von konkreten Fragen aus der täglichen Arbeit MitarbeiterInnen einer Abteilung für Gynäkologie und Geburtshilfe informiert. Es wurden die Themen Schwangerschaft und Geburt in ihrem sozio-kulturellen Kontext bearbeitet, Tabus angesprochen sowie der Umgang mit frauenspezifischen Themen.



Beratung und Information

MigrantInnen brauchen niederschwellige, regionale Anlaufstellen wie z. B. Caritas, Diakonie oder BLITZ in Baden, eine Beratungseinrichtung des Vereins menschen-leben, um offene Fragen zu ihrer Lebenssituation klären zu können. Existenzielle Themen sind für diese Menschen Fragen zum Aufenthaltsrecht, ebenso wie zu Arbeit und Bildung. Das Besondere dieser Einrichtungen ist ihr mehrsprachiges, an den Sprachen der großen MigrantInnengruppen orientiertes Beratungsangebot, über das sie gezielt Einzelne unterstützen können.

Gesundheitsförderung

Frauen haben in Hinblick auf Ernährung und Kindererziehung ebenso wie ihre eigene Gesundheit eine zentrale Rolle in den Familien. Aufgrund sich häufender Krankheitsbilder in MigrantInnenfamilien, wie z. B. Zuckerkrankheit, gewinnen Präventionsprojekte wie „Gesundheit kommt nachhause“ und mehrsprachige Vorträge zunehmend an Bedeutung. Durch die Einbindung von Vereinen und lokalen Frauennetzwerken können durch diese niederschweligen Angebote viele Frauen angesprochen werden, wie z. B. im Rahmen der Gesundheitsworkshops des Projektes „Verschiedene Herkunft - gemeinsame Zukunft“ im Triestingtal.

3.6. Wohnen

Der Wohnort ist der Ort, wo der Grundstein für eine lokale Integration und für eine lokale Gemeinschaft gelegt wird. Daraus ergeben sich Gestaltungsmöglichkeiten für die Wohnungspolitik, die in Ergänzung zur regionalen Entwicklungspolitik eingesetzt werden können.

Dem Thema Wohnen widmen sich Städte und Gemeinden verstärkt, ein systematischer Erfahrungsaustausch ist dabei wichtig. Im Wesentlichen geht es um ein sicheres und friedliches Zusammenleben, um den Umgang mit Konflikten und die Bevölkerungszusammensetzung in einem Wohngebiet. Deshalb kommt der Wohnungsvergabe und der Wohnbauförderungsmittelvergabe, also dem Besiedelungsmanagement, eine wichtige Rolle zu. Auch die Hausverwaltung hat große Verantwortung, denn die Betreuung von Wohnhausanlagen umfasst neben technischen Aufgaben auch soziale. Die Hausverwaltungen können bewusst auf Hausvertrauensleute und Aktivitäten zur Förderung der Kommunikation setzen. Sie müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Hausordnung bekannt ist und eingehalten wird. Bei Problemen müssen sie vermitteln bzw. die Möglichkeit der Mediation im Fall von Konflikten wahrnehmen.

Der Wohnort ist der Ort, wo der Grundstein für eine lokale Integration und für eine lokale Gemeinschaft gelegt wird. Daraus ergeben sich Gestaltungsmöglichkeiten für die Wohnungspolitik, die in Ergänzung zur regionalen Entwicklungspolitik eingesetzt werden können.

Die Kooperation zwischen Kommunen und Wohnbaugenossenschaften ist insbesondere in großen Anlagen des sozialen Wohnbaus zur Entschärfung von Problemen zwischen einzelnen Gruppen oder Mängeln wie fehlenden Spielräumen wichtig. In Wiener Neustadt wurde deshalb z. B. über das Integrationsreferat ein Stadtviertelmanagement in der Flugfeldsiedlung eingerichtet.

Soziale Verantwortung und interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung

Die bisherige Fokussierung der Hausverwaltungen auf ökonomische Fragen bedarf einer Ergänzung um ein soziales Integrationsmanagement.

Um ein strategisches Konzept für das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Wohnhauslagen zu entwickeln, wurde das Forschungsprojekt „Neue Nachbarschaft“ über die NÖ Wohnbauforschung durch die Siedlungsgenossenschaft Neunkirchen auf die Beine gestellt. Dabei wurde unter Mitarbeit der BewohnerInnen von drei Wohnbauten in Gramatneusiedl, Neunkirchen und Hainburg mit insgesamt 130 Wohneinheiten ein Rahmen für ein besseres Zusammenleben erarbeitet. Im Rahmen einer Befragung kam es zur Bestandserhebung von Problemen und Missständen. In der darauf aufbauenden Diskussion der Ergebnisse erfolgte die Erarbeitung von Verbesserungsmaßnahmen z. B. in Bezug auf die Hofnutzung, auch gemeinsame Aktivitäten wie Hoffeste wurden dabei geplant. Die Ergebnisse sind, ergänzt um Erkenntnisse aus der einschlägigen Fachliteratur und Good-Practice-Beispiele aus ganz Österreich, in einer Broschüre für Wohnbaugenossenschaften, Hausverwaltungen und Interessierte zusammengefasst.

3.7. Zusammenleben in Gemeinde und Region

In Niederösterreich leben knapp zwei Drittel der MigrantInnen in Gemeinden mit weniger als 10.000 EinwohnerInnen. Es gibt dabei große regionale Unterschiede. Integration wird zunehmend als wichtiges Thema der Kommunalpolitik verstanden und wahrgenommen.

Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit

Die NÖ Dorf- und Stadterneuerung betreut seit 2008 das Netzwerk Integration im Industrieviertel. Rund zwölf Netzwerkgemeinden treffen sich zum Austausch und nutzen die Informationsangebote, um eigene Projekte in den Gemeinden von Theaterproduktionen bis zu mehrsprachigen Lesungen zu entwickeln. Das Netzwerk bietet ihnen einerseits individuelle Beratung und andererseits ein Lernen voneinander über Good-Practice-Beispiele.

Auch das Regionalmanagement unterstützt über die Kleinregionen gemeindeübergreifende Integrationsprojekte, wie z. B. das Projekt „Verschiedene Herkunft - gemeinsame Zukunft“ im Triestingtal, das Aktivitäten für die Zielgruppe der Jugendlichen und Frauen setzt. Die Kleinregion Schwarzatal wiederum entwickelt im Rahmen des Projektes „Integrationsimpulse Schwarzatal“ Ziele und Maßnahmen für ihre Integrationsarbeit.

Visionen und Projekte zum Zusammenleben entwickeln

Kommunale Integrationsleitbilder dienen der zukünftigen Entwicklung der Städte und Gemeinden; sie sollen eine Leitperspektive für die Integrationsarbeit liefern und eine nachhaltige Wirkung entfalten. ZuwanderInnen sollen damit motiviert werden, selbst einen aktiven Beitrag zur Integration zu leisten, ebenso wie die Aufnahmegesellschaft, wobei es einer gegenseitigen Unterstützung bedarf.

Im Rahmen der Entwicklung der Leitbilder werden Problemmuster und Herausforderungen identifiziert, die im Rahmen eines Maßnahmenpakets Lösungen zugeführt werden sollen. Im Fokus stehen dabei Themen wie Jugend, Bildung und Wohnen. Integrationskonzepte können auch gemeindeübergreifend erstellt werden, da es im Alltag der BewohnerInnen Überschneidungen durch gemeinsame Einrichtungen und Infrastruktur gibt. Dieses Ziel verfolgt das Pilotprojekt „Integrationsimpulse Schwarzatal“. Die Region Schwarzatal (insbesondere die Gemeinden Neunkirchen, Ternitz, Wimpass-

ZuwanderInnen sollen damit motiviert werden, selbst einen aktiven Beitrag zur Integration zu leisten, ebenso wie die Aufnahmegesellschaft, wobei es einer gegenseitigen Unterstützung bedarf.

sing) ist von einer starken Migration und damit einer ähnlichen Ausgangslage geprägt. Ausgangspunkt der Konzeptentwicklung ist ein sogenannter Integrationselbstcheck, in dem herausgearbeitet wurde, was bisher gemacht wurde und welcher Handlungsbedarf besteht. Der darauf aufbauende Umsetzungsprozess wird von einer Steuerungsgruppe begleitet.

Der Erfolg derartiger Projekte hängt vom Engagement der lokalen AkteurInnen ab; dazu gehören die verschiedenen Vereine im Bereich der Freizeitgestaltung, des Sports sowie der Freiwilligenarbeit ebenso wie die politischen Handlungsträger und Meinungsbildner, allen voran die BürgermeisterInnen.

Neben der Förderung der Teilnahme und Mitarbeit in den Vereinen vor Ort ist es notwendig, öffentliche Veranstaltungen und Räume für Begegnungen zu organisieren, die einen zum Teil moderierten Austausch zu Themen des Zusammenlebens ermöglichen. Um derartige Maßnahmen umzusetzen, braucht es die Offenheit und den Willen der Verantwortlichen. Nur so ist es möglich, Integrationsmaßnahmen vor Ort im Interesse aller BewohnerInnen umzusetzen.

4. Analyse

Niederösterreich weist als größtes Bundesland Österreichs eine beachtliche geographische, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt auf, die von Menschen geprägt und gestaltet wurde, die nicht immer hier ansässig waren. Viele kamen von auswärts und ließen sich zum Teil für immer, zum Teil vorübergehend nieder. Dazu zählen Herrschaftshäuser ebenso wie KünstlerInnen, die zur Pracht unserer Burgen, Schlösser, und Klöster beigetragen haben. Es zählen aber auch wandernde HandwerkerInnen, später IndustriearbeiterInnen und in jüngerer Zeit WissensarbeiterInnen dazu, die zu Reichtum und Vielfalt der wirtschaftlichen und kulturellen Leistung beigetragen haben.

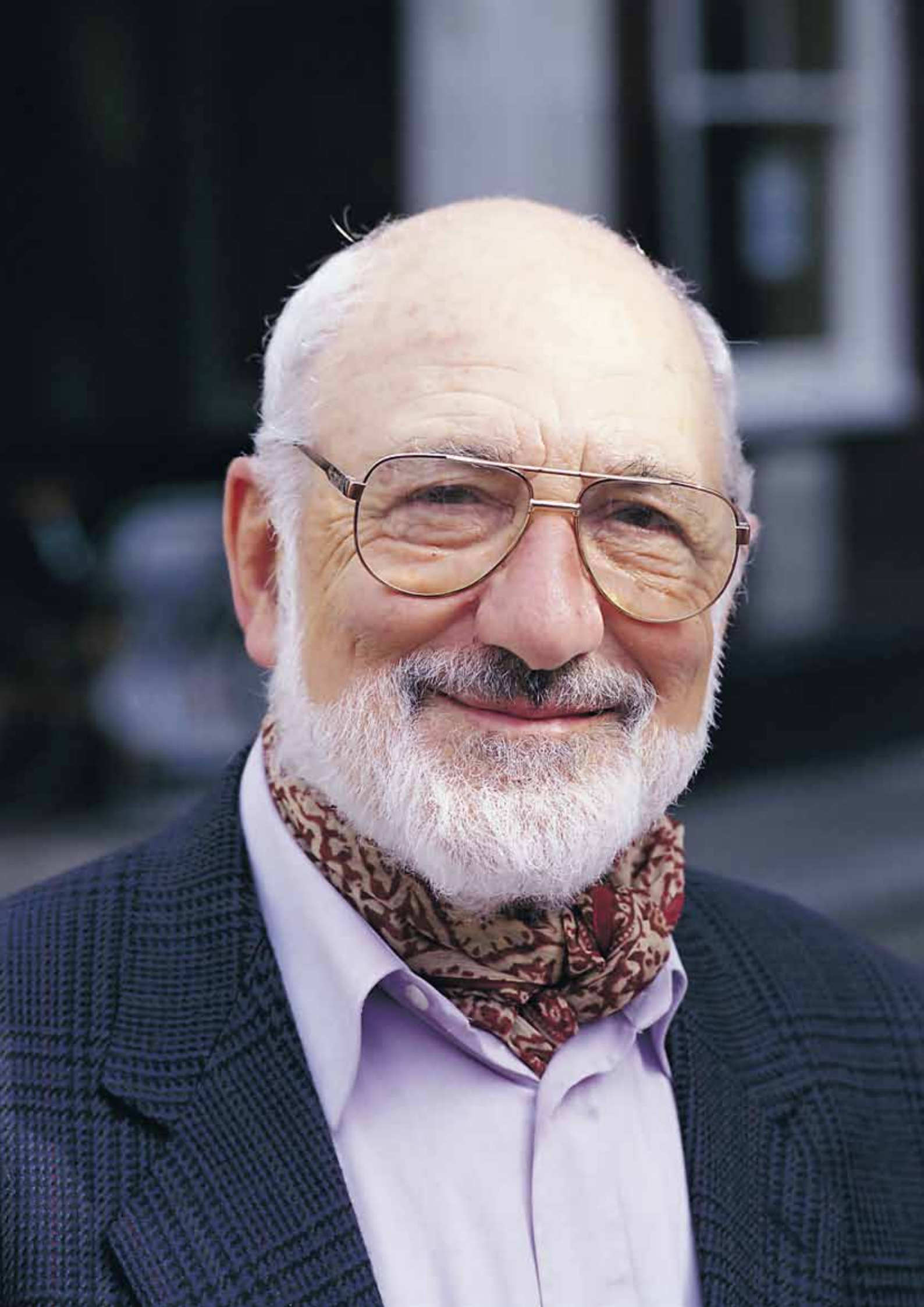
Der Blick in die Vergangenheit zeigt uns, dass es Wanderungen stets gegeben hat und legt nahe, dass es sie auch in Zukunft geben wird. Einerseits kommen Menschen aus eigenem Antrieb, andererseits werden sie von uns geholt, damit sie uns bei den Herausforderungen des Lebens und der Arbeit unterstützen, oder sie finden hier auf ihrer Flucht vor Verfolgung eine Bleibe. Allein dadurch, dass wir uns verdeutlichen, welche Rolle die Wanderungen in den verschiedenen Phasen der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung spielen, wird ein Schritt zum besseren gegenseitigen Verstehen und zum Aufeinanderzugehen gemacht.

4.1 Niederösterreich hat eine lange Zuwanderungsgeschichte

Die Zuwanderung nach Niederösterreich hat eine lange Tradition mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten. Im nördlichen Waldviertel spielt und spielte die Zuwanderung eine andere Rolle als im Industrieviertel südlich von Wien, das zu den ältesten Industrieregionen der österreichisch-ungarischen Monarchie zählte. Während das Industrieviertel mit seiner papier-, textil- und metallverarbeitenden Industrie schon im 19. Jahrhundert Arbeitskräfte aus Böhmen, Mähren und Ungarn anlockte, arbeitete im Waldviertel vorwiegend die lokale Bevölkerung in der Bekleidungsindustrie, um sich ein Zubrot zur Arbeit in der Landwirtschaft und im Kleingewerbe zu verdienen.

Die Zuwanderung nach Niederösterreich hat eine lange Tradition mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten.

Mit der Zäsur des Ersten und später des Zweiten Weltkrieges änderten sich die Wanderungsströme. Sie waren in erster Linie von Flucht und Vertreibung geprägt, bis der Eisernen Vorhang den Flüchtlingsstrom versiegen ließ. Niederösterreich nahm viele Flüchtlinge auf, im Wesentlichen aus der vormaligen Tschechoslowakei und aus Ungarn.



Als es im Gefolge der wirtschaftlichen Erholung in den 1960er Jahren zur Knappheit an Arbeitskräften kam, begann auch Niederösterreich Arbeitskräfte anzuwerben. Das führte zu einer starken Diversifizierung der Wanderungsströme und der Bevölkerung in den verschiedenen Regionen Niederösterreichs. In jüngerer Zeit brachten die Ostöffnung und die verstärkte wirtschaftliche Integration mit der EU und der Welt im Rahmen der Globalisierung weitere Impulse von außen.

4.2. Gastarbeiter, Flüchtlinge und die Europäische Union

Die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften im Rahmen der GastarbeiterInnenanwerbung gewann in Niederösterreich etwas später als in den westlichen Bundesländern an Dynamik, und zwar erst zu Beginn der 1970er Jahre. Sie brachte vorwiegend Personen aus dem vormaligen Jugoslawien und der Türkei in die Industrieregionen Niederösterreichs. In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre stabilisierte sich die Zuwanderung aus Jugoslawien und der Türkei konjunkturell bedingt. Gleichzeitig begann der Zustrom von Familienangehörigen, der sich in einer steigenden Vielfalt der Schülerschaft ebenso niederschlug wie in einer zunehmenden sprachlichen und ethnisch-kulturellen Diversität der Gesellschaft. Im Jahr 1981 brachte die Unterdrückung der Solidarnosc-Bewegung viele Polen nach Niederösterreich. Dynamisch wurde die Zuwanderung wieder, als es zum Fall des Eisernen Vorhangs kam und die traditionelle Ost-West-Wanderung erneut einsetzte.

Die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften im Rahmen der GastarbeiterInnenanwerbung gewann in Niederösterreich etwas später als in den westlichen Bundesländern an Dynamik, und zwar erst zu Beginn der 1970er Jahre.

Verstärkt wurde der Effekt der Zuwanderung aus den östlichen Nachbarländern durch den Zustrom von Menschen aus dem von Bürgerkriegen geschüttelten Jugoslawien. In den Jahren 1989 bis 1992 kamen jährlich mehr als 10.000 Menschen nach Niederösterreich. Erst mit der Beruhigung der politischen Lage in den Ländern des vormaligen Jugoslawien versiegte der Zustrom ab Mitte der 1990er Jahre.

Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahre 1995 war in einer ersten Phase mit einer leichten Abwanderung von vorwiegend hoch qualifizierten Einheimischen verbunden. Erst ab dem Jahr 2000 stieg die Zuwanderung nach Niederösterreich wieder an. Einerseits kamen vermehrt Menschen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten, andererseits mehr Personen aus den alten EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland. Weiters brachte die anhaltende Familienzusammenführung und die Suche von MigrantInnen der ersten und zweiten Generation nach PartnerInnen in den ursprünglichen Herkunftsregionen eine dauernde ethnisch-kulturelle Erneuerung in Teilen der migrantischen Bevölkerung.

Aber auch die Tradition der Flüchtlingsaufnahme blieb Niederösterreich in den 2000er Jahren erhalten, nicht zuletzt infolge der langen Geschichte des Flüchtlingsaufnahmezentrums in Traiskirchen, dem Hauptaufnahmezentrum Österreichs. Jede Zeit hat ihre Kriege und Verfolgungen: Kamen in den 1950er Jahren die UngarInnen, waren es in den 1960er Jahren Menschen aus der Tschechoslowakei, in den 1980er Jahren aus Polen, in den 1990er Jahren aus Serbien, Bosnien, dem Kosovo und andere aus dem früheren Jugoslawien, so waren es in den 2000er Jahren Menschen aus Tschetschenien, Afghanistan, dem Irak und viele mehr.

Niederösterreich übt aber nicht nur auf AusländerInnen einen Anreiz zur Zuwanderung aus, sondern auch auf ÖsterreicherInnen aus anderen Bundesländern. Vor allem WienerInnen verlagern ihren Wohnsitz ins grüne Wiener Umland und pendeln zur Arbeit nach Wien. In der Folge haben diese Regionen eine merklich höhere Kaufkraft, als ihre Wirtschaftleistung vermuten ließe. Die Wanderungen erhöhen nicht nur die ethnisch-kulturelle Vielfalt der Bevölkerung Niederösterreichs, sondern auch die sozio-ökonomische Struktur und Bandbreite. Die Regionen, die von Zuwanderung geprägt sind, sind im Schnitt wirtschaftlich erfolgreicher als Gebiete ohne MigrantInnen. MigrantInnen arbeiten nicht nur in den örtlichen Unternehmen, sondern gründen zunehmend auch eigene Betriebe. Sie bereichern damit nicht nur das kulinarische und kulturelle Angebot, sondern erweitern die Handelsbeziehungen Niederösterreichs. Sie sind die menschliche Brücke zu den Herkunftsregionen der MigrantInnen, die sich auch in einer wirtschaftlichen Vernetzung und im Handel niederschlägt.

4.3. Steuerung und Gestaltung der Migration und Integration

Die ethnisch-kulturelle Vielfalt der ZuwanderInnen ergibt sich aus unterschiedlichen Faktoren, die nur schwer steuerbar sind. Einerseits gilt innerhalb der EU die Freizügigkeit, die dazu führt, dass sich Menschen aus beruflichen Gründen, zum Teil auch zum Zweck der Aus- und Weiterbildung, nach Niederösterreich begeben.

Andererseits löst eine einmal eingeschlagene Anwerbung von Arbeitskräften aus Drittstaaten, im Wesentlichen aus dem vormaligen Jugoslawien und der Türkei, über die Familienzusammenführung weitere Zuwanderung aus. Das Recht auf Familie ist nicht nur gesetzlich verankert, sondern auch eine wichtige Wertehaltung der niederösterreichischen Gesellschaft.

Der Welthandel und die Internationalisierung bringen neue Personengruppen nach Österreich, die in international agierenden Konzernen und Betrieben den Brückenschlag zu fernen Kulturen machen. Sie sind wichtige Leistungsträger, die zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der niederösterreichischen Wirtschaft beitragen.

Ein weiterer Aspekt ist die humanitäre Schiene der Zuwanderung, die Niederösterreich sehr ernst nimmt. Niederösterreich leistet einen im Vergleich zu anderen Bundesländern Österreichs überdurchschnittlichen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen.

Ein weiterer Aspekt ist die humanitäre Schiene der Zuwanderung, die Niederösterreich sehr ernst nimmt. Niederösterreich leistet einen im Vergleich zu anderen Bundesländern Österreichs überdurchschnittlichen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen.

Einerseits ist fast die Hälfte der Zuwanderung eine Folge der Freizügigkeit innerhalb der EU, d. h. sie ist im Wesentlichen von Marktfaktoren getragen. Andererseits ist das Recht auf Familie in der Menschenrechtscharta verbrieft, und das Recht auf Asyl in der Genfer Flüchtlingskonvention.

Die Erkenntnis der stets kleiner werdenden Steuerbarkeit der Migrationen führt dazu, dass die Politik das Hauptaugenmerk auf die Unterstützung der Integration der ZuwanderInnen legt, denn es braucht die Zustimmung der Bevölkerung, damit die zunehmende ethnisch-kulturelle Vielfalt den sozialen Zusammenhalt nicht gefährdet. In der Folge werden Maßnahmen gesetzt, die nicht nur Armut verhindern sollen, sondern auch die Teilhabe aller am politischen und sozialen Leben sowie die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen sicherstellen sollen.

Das Land Niederösterreich setzt mit einer Vielzahl an Maßnahmen und Weichenstellungen in den Gemeinden, Schulen, auf dem Arbeitsplatz, im Sport, im Gesundheits- und Sozialwesen diese gesellschaftlichen Herausforderungen um.

Dabei stellt sich heraus, dass die Erhaltung des sozialen Zusammenhalts ein Balanceakt ist, in dem der Diversität Raum zu geben ist und gleichzeitig die gemeinsame Orientierung an gewissen Grundwerten sicherzustellen ist. Es zeigt sich, dass die soziale Kohäsion nur dann bewahrt werden kann, wenn sich alle Mitglieder der Gesellschaft, der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie der Minderheiten, auf ein gewisses Mindestmaß an gemeinsamen Werten einigen können. Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft, die die Vielfalt als Stärke versteht, möglich, setzt aber einen Dialog voraus, der von gegenseitigem Respekt getragen ist. Das Land Niederösterreich setzt mit einer Vielzahl an Maßnahmen und Weichenstellungen in den Gemeinden, Schulen, auf dem Arbeitsplatz, im Sport, im Gesundheits- und Sozialwesen diese gesellschaftlichen Herausforderungen um.

5. Entwicklungen und Herausforderungen

Ein Wesensmerkmal der Zuwanderung ist ihre Einbindung in einen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess. So ist etwa die Zuwanderung von GastarbeiterInnen in den 1960er Jahren zu verstehen, die angeworben wurden, um den steigenden Bedarf an IndustriearbeiterInnen in einer rasch wachsenden Industriegesellschaft zu befriedigen. So ist aber auch die jüngere Zuwanderung aus Deutschland zu verstehen, die eine Antwort auf die steigende Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften ist, die aus dem eigenen Reservoir an Arbeitskräften nicht zur Gänze und nicht rasch genug befriedigt werden kann.

Der wirtschaftliche Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ist mit einer Änderung der Anforderungen an die Fachkenntnisse der Arbeitskräfte verbunden. Er löst in einer Übergangsphase einen Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, der nicht nur Hilfs- und Anlernkräfte trifft, sondern auch Fachkräfte in den Branchen, die unter einen verstärkten Wettbewerbsdruck geraten. Ein hoher Anteil hat einen Migrationshintergrund. Damit die Arbeitslosigkeit nicht von langer Dauer ist, muss verstärkt in die Aus- und Weiterbildung der Jugend und der Arbeitskräfte investiert werden. Das ist eine der großen Herausforderungen und die Voraussetzung dafür, dass der Wohlstand erhalten bleibt.

Damit die Arbeitslosigkeit nicht von langer Dauer ist, muss verstärkt in die Aus- und Weiterbildung der Jugend und der Arbeitskräfte investiert werden.

Die Umstrukturierung wird erleichtert, wenn die Wirtschaft expandiert. Dazu braucht es aber auch in dieser jüngeren wirtschaftlichen Entwicklungsphase Zuwanderung. Dabei liegt der Fokus auf Fachkräften, die über die Fähigkeiten verfügen, die in einer modernen Wissensgesellschaft gebraucht werden und die vom österreichischen Bildungssystem nicht rasch genug hervorgebracht werden, nicht zuletzt auch wegen der vergleichsweise schwachen Geburtenjahrgänge in einer alternden Gesellschaft.

5.1. Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft

Der Anteil der MigrantInnen ist je nach Branche unterschiedlich. Vor allem greift die Privatwirtschaft stark auf ausländische Arbeitskräfte zu. MigrantInnen finden insbesondere in jenen Branchen Arbeit, die handelbare Güter erzeugen, wie etwa die Konsumgüterproduktion (Nahrungsmittelerzeugung, Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie) und die Metall- und Maschinenerzeugung. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrie- und Gewerbebranchen geleistet. Aber auch Dienstleistungen, die unter einem starken internationalen Wettbewerbsdruck stehen, wie etwa der Tourismus, beschäftigen überdurchschnittlich häufig MigrantInnen. In Bereiche, die Güter und Dienstleistungen für den lokalen Bedarf erzeugen, finden MigrantInnen bis dato Eingang, die Bauwirtschaft, den Gesundheits- und Pflegebereich, Reinigungsdienste, Land- und Forstarbeit sowie Haushalte.

Der Anteil der AusländerInnen in der Beschäftigung ist in Niederösterreich in den letzten 13 Jahren kaum gestiegen. Das ist ein Anzeichen dafür, dass sich der Aufenthalt der AusländerInnen in Niederösterreich konsolidiert, im Gegensatz zu Ländern wie Burgenland, Wien, Tirol, oder Salzburg, wo der Ausländeranteil zum Teil deutlich weiter steigt. In dem Sinne ist die Situation in Niederösterreich mit der in Vorarlberg vergleichbar, obschon dort die Zuwanderung stärker auf GastarbeiterInnen zurückgeht. Auch die branchenmäßige Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte in Niederösterreich weist große Ähnlichkeiten mit Vorarlberg auf.

Mit der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der Branchen mit hohem GastarbeiterInnenanteil – im Wesentlichen eine Folge der Ostöffnung der Märkte und der damit verbundenen Verlagerung von arbeitsintensiven, standardisierten Produktionsprozessen der Industrie in die östlichen Nachbarländer – verringerten sich die Beschäftigungschancen der Personen mit einfacher Qualifikation im industriell-gewerblichen Bereich. Das trifft überdurchschnittlich oft MigrantInnen.



5.2. Zuwanderung als Herausforderung für die Bildungspolitik

Der wirtschaftliche Strukturwandel, der in den 1990er Jahren an Dynamik gewann, zog nicht nur überdurchschnittliche Beschäftigungsverluste von Hilfs- und AnlernarbeiterInnen nach sich, sondern erhöhte auch die Beschäftigungsunsicherheit von FacharbeiterInnen in vielen Berufen des industriell-gewerblichen Bereichs. Sie müssen erkennen, dass es immer schwieriger wird, eine adäquate Beschäftigung zu finden. Dafür gibt es eine zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungssektor. Die beruflichen und qualifikatorischen Anforderungen sind hier allerdings zum Teil deutlich andere als in der Industrie. In der Folge steigt die Unsicherheit über die Zukunft, insbesondere unter Älteren und Personen mit Migrationshintergrund. Je älter man wird, desto schwieriger wird es, Neues zu lernen oder umzulernen, insbesondere wenn der Bildungsgrad gering ist. Bei MigrantInnen kommt zusätzlich oft noch die mangelhafte Beherrschung der deutschen Sprache als Hürde hinzu. Deutsche Sprachkenntnisse werden in einer Wissensgesellschaft immer wichtiger, da man komplexe Zusammenhänge verstehen und verarbeiten können muss. Das ist eine Herausforderung für das Erwachsenenbildungssystem, das sich neue Lehr- und Lernformen aneignen muss, um damit auch bildungsferne und weniger sprachlich geübte Personen mit den Kompetenzen auszustatten, die sie für eine zukunftsorientierte Arbeit brauchen.

Der Anteil der AusländerInnen in der Beschäftigung ist in Niederösterreich in den letzten 13 Jahren kaum gestiegen.

Das Bildungssystem ist momentan nicht in der Lage, so rasch, wie es die Wirtschaft bräuchte, Nachschub an Personen mit einer höheren Bildung zu liefern. Daher gilt auch der Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund im Schulsystem besonderes Augenmerk. Ihr Anteil an den SchülerInnen steigt infolge der Zuwanderung von Familienangehörigen laufend; aber auch die knappen Geburtenjahrgänge der Frauen im gebärfähigen Alter sowie die geringe Geburtenrate (Grafik: Seite 35) tragen dazu bei, dass der Anteil einheimischer Kinder in den Schulen Niederösterreichs laufend zurückfällt. Derzeit sprechen 10,8 % aller Schulkinder eine andere Erstsprache als deutsch. Das bedeutet nicht, dass die Kinder nicht deutsch können, sondern dass sie mehrsprachig aufwachsen. Das kann sich als Vorteil herausstellen, wenn die Mehrsprachigkeit erhalten bleibt und bewusst gefördert wird. Die Migrationssprachen gewinnen nämlich laufend an Bedeutung, wenn man sich die Handelsströme und die zunehmende Vernetzung der Wirtschaft Niederösterreichs in die Herkunftsregionen der MigrantInnen vor Augen führt. (Abbildung 1)

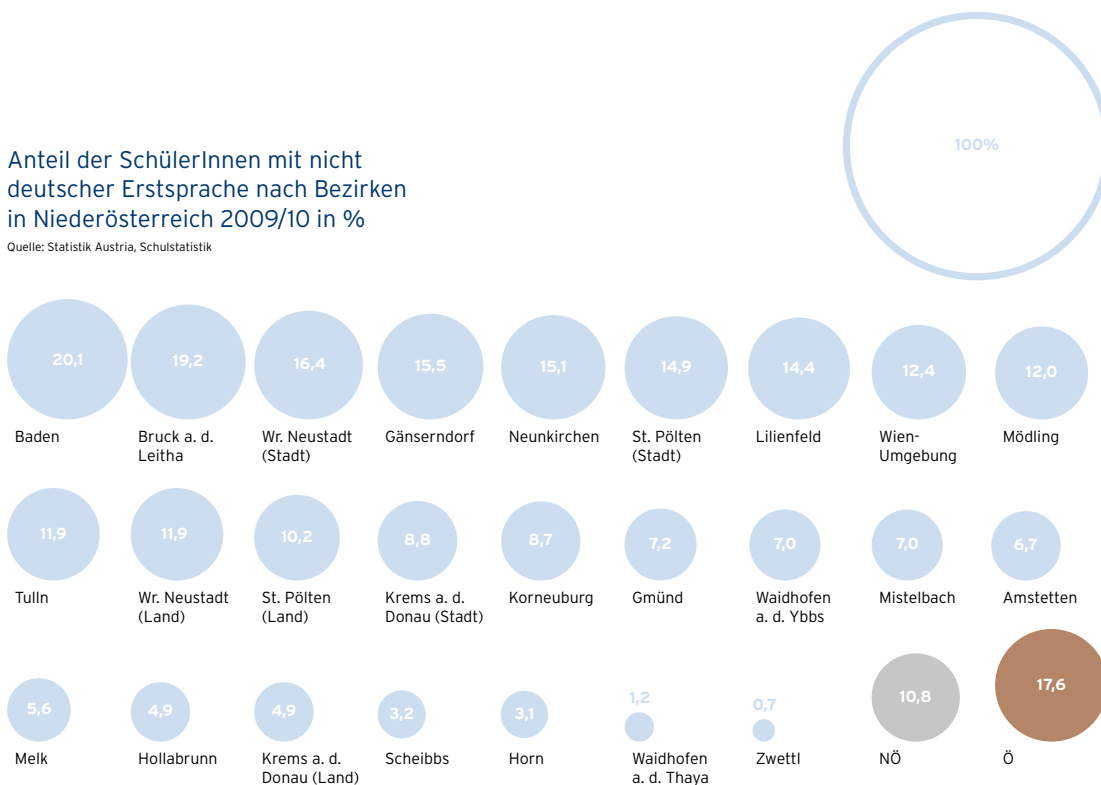
Siehe Grafik: Seite 35

Siehe Cover - Abbildung 1



Anteil der SchülerInnen mit nicht deutscher Erstsprache nach Bezirken in Niederösterreich 2009/10 in %

Quelle: Statistik Austria, Schulstatistik



5.3. Alterung der Bevölkerung als Herausforderung für Migrations-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik

Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft geht Hand in Hand mit steigenden Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte, sowohl was die Fachkompetenzen anbelangt als auch die soziale und die sprachliche Kommunikationsfähigkeit. Die Anhebung der Qualifikationen stellt eine große Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik sowie die Migrationspolitik dar. Während sich die Bildungspolitik auf den steigenden Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund einstellen muss (siehe oben), liegt die Verantwortung für die Anpassung der Qualifikationen der Arbeitslosen an den sich ändernden Bedarf bei der Arbeitsmarktpolitik. Im Jahr 2010 waren 11.700 Arbeitslose in Niederösterreich auf Schulung; das waren 21 % aller Arbeitslosen. Im Schnitt Österreichs lag der Prozentsatz mit 23 % (73.200) noch leicht darüber.

Während sich die Bildungspolitik auf den steigenden Anteil von SchülerInnen mit Migrationshintergrund einstellen muss, liegt die Verantwortung für die Anpassung der Qualifikationen der Arbeitslosen an den sich ändernden Bedarf bei der Arbeitsmarktpolitik.

Die Migrationspolitik muss auch der Alterung der Bevölkerung von Niederösterreich entgegenwirken, da sich letztere in einer Verschlechterung des wirtschaftlichen Wachstumspotenzials und einer Belastung der Sozialbudgets niederschlägt.

In NÖ beträgt der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit 6,9 % (Landesdurchschnitt) sowie der Anteil der Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und im Ausland geborenen österreichischen Staatsangehörigen bei 11,4 %.

Die Migrationspolitik will steuernd eingreifen und mit der Förderung der Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften einen Gegenpol zur Eigendynamik der Zuwanderung entwickeln, die von der Familienzusammenführung geprägt ist. Zu diesem Zweck wurde Mitte 2011 die Rot-Weiß-Rot-Karte eingeführt, die zusätzlich zu den Schlüsselarbeitskräften aus Drittstaaten, die schon bisher nach Österreich kommen konnten, verstärkt auch Fachkräfte mit mittlerer und höherer Qualifikation anspricht. Zwar erweitern Familienangehörige auch das Arbeitskräftereservoir, jedoch meist nicht in den Qualifikationssegmenten, die stark nachgefragt sind und die das Wirtschaftswachstum begünstigen.

Die Migrationspolitik muss auch der Alterung der Bevölkerung von Niederösterreich entgegenwirken, da sich letztere in einer Verschlechterung des wirtschaftlichen Wachstumspotenzials und einer Belastung der Sozialbudgets niederschlägt.

5.4. Qualifikationsprofil der Einheimischen und ZuwanderInnen im Wandel

Die Qualifikationsstruktur der niederösterreichischen Bevölkerung hat sich seit den frühen 70er Jahren merklich verbessert, wobei allerdings der traditionelle Schwerpunkt in der mittleren beruflichen Qualifikationsschiene erhalten blieb. Im Jahr 2008 hatten 56,7 % der 25- bis 64-Jährigen NiederösterreicherInnen eine mittlere berufliche Ausbildung (Lehre oder Fachschule), weitere 14,2 % hatten Maturaniveau als höchste abgeschlossene Ausbildung und knapp 12 % waren AkademikerInnen oder hatten eine hochschulähnliche Ausbildung. 17 % hatten Pflichtschulabschluss als höchsten Bildungsabschluss oder weniger. Damit hat Niederösterreich eine etwas stärkere Besetzung im mittleren Qualifikationssegment als Österreich. Es hat nicht nur weniger AkademikerInnen, sondern auch weniger Menschen mit HilfsarbeiterInnenqualifikationen.

Im internationalen Vergleich ist die Qualifikationsstruktur von Niederösterreich nicht ungünstig. Jedoch liegen die beiden Nachbarländer Österreichs, die Schweiz und Deutschland, die eine ähnliche Bildungsstruktur und einen ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklungsgrad wie Österreich haben, doch deutlich besser. So hatten in der Schweiz nur 11,8 % und in Deutschland 14,7 % der 25- bis 64-Jährigen eine HilfsarbeiterInnenqualifikation.

Die Qualifikationsstruktur der Erwachsenen in Niederösterreich legt nahe, dass der Weg in die Wissensgesellschaft, der von Forschung und Entwicklung geprägt ist, noch vergleichsweise weit ist. MigrantInnen haben im Schnitt einen geringeren Bildungsgrad als die Einheimischen. Jedoch ist die jüngere Zuwanderung aus dem EU-Raum und aus Übersee deutlich besser qualifiziert als die GastarbeiterInnen- und die Einheimischen.

Auch die Daten zum Bildungsverhalten der Jugendlichen zeigen, dass Jugendliche aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ein ähnliches Bildungsverhalten haben wie die Einheimischen. Aber auch Kinder mit Migrationshintergrund aus dem vormaligen jugoslawischen Raum und aus der Türkei erbringen zunehmend bessere Leistungen in der Schule und besuchen vermehrt auch höhere Schulen.

5.5. Pluralisierung der Lebenswelten und regionale Konzentrationen

Die ausländische Bevölkerung bzw. die im Ausland geborene Bevölkerung ist ungleich auf alle Bezirke Niederösterreichs verteilt (ein Beitrag von Markus Hemetsberger/Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik im Amt der NÖ Landesregierung):

Für eine bundesweite Betrachtung gibt es zahlreiche Publikationen wie etwa das neue Jahrbuch „Migration & Integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2011“. Eine tiefer gehende Analyse des vorhandenen Datenmaterials zeigt, dass die großen Trends in NÖ ähnlich sind, aber es doch andere Schwerpunkte gibt - vor allem bei einer regionalen Betrachtung.

Schwankende Größe

Statistische Daten gibt es jährlich aus dem Bevölkerungsregister, das auf dem Meldewesen basiert und alle Personen enthält, die am 1.1. eines Jahres für mindestens 90 Tage in Österreich gemeldet waren. Aus dem Bevölkerungsregister sind die Staatsangehörigkeit und der Geburtsstaat der Personen bekannt. Ebenso werden alle Zuzüge und Wegzüge eines Kalenderjahres erfasst. Im Meldewesen wird allerdings nicht erfragt, ob ein „Migrationshintergrund“ vorliegt. Die gewöhnliche Methode einer Annäherung ist die Errechnung der Anteile der Bevölkerung mit einer anderen Staatsbürgerschaft als der österreichischen. Da jedoch laufend Einbürgerungen stattfinden, kann diese Zahl keinen vollständigen Überblick geben. Daher wird in dieser Untersuchung auch das Konzept aus dem neuen Jahrbuch verwendet und die Gruppe der Personen mit ausländischer Herkunft gebildet.

Vielfältige Größe

Personen mit ausländischer Herkunft sind zunächst alle ausländischen Staatsangehörigen, unabhängig davon, ob im Ausland geboren oder in Österreich. In Niederösterreich waren dies am 1.1.2011 111.247 Personen oder 6,9 % der Wohnbevölkerung. Dazu kommen noch 72.533 Personen oder 4,5 % der Bevölkerung, die zwar die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, jedoch im Ausland geboren wurden. In Summe betrug der Anteil der Bevölkerung ausländischer Herkunft 11,4 % der Bevölkerung oder 183.800 Personen. In Österreich waren es 17,3 % oder 1.452.591 Personen (Abbildung 2). Dabei ist auch interessant, zu betrachten, woher diese Menschen kommen und welchen Altersgruppen sie angehören (Abbildung 4).

Siehe Cover - Abbildung 2

Siehe Cover - Abbildung 4

Räumliche Größe

Der höchste Anteil von Personen ausländischer Herkunft an der Wohnbevölkerung ist in Wiener Neustadt mit 20,7 % zu beobachten. Die Bezirke Baden, Mödling, Wien-Umgebung sowie die Stadt St. Pölten weisen ebenfalls Anteile über 15 % auf. Die geringsten Anteile gibt es in den Bezirken Zwettl (2,4 %), Waidhofen an der Thaya (3,5 %) und Scheibbs (4,2 %). Hier zeigt sich ein Ost-West-Gefälle, was wiederum mit den höheren Anteilen in urban geprägten Bezirken im Gegensatz zu eher ländlichen zusammen hängt. Etwa ein Viertel aller Personen ausländischer Herkunft stammt in St. Pölten, Gmünd, Neunkirchen und Wiener Neustadt-Land aus der Türkei. Über ein Fünftel Bevölkerung aus Deutschland weisen Waidhofen an der Ybbs, Krems-Land, Mödling, Waidhofen an der Thaya und Zwettl auf. Eine weitere große Gruppe bilden die RumänInnen mit knapp 16 % in Krems und Scheibbs, sowie Personen aus Bosnien- Herzegowina in Mistelbach und Tulln. Dass die Nähe zum „Heimatland“ einen wichtigen Faktor für die Ansiedlung in Niederösterreich darstellt, belegt die Betrachtung der Menschen aus der Tschechischen Republik, die in Waidhofen an der Thaya, Hollabrunn und Horn hohe Anteile aufweisen, sowie die SlowakInnen in Bruck an der Leitha oder die UngarInnen in Bruck an der Leitha und Wiener Neustadt-Land (Abbildung 5)

Siehe Cover - Abbildung 5

Bestimmende Größe

Niederösterreich weist seit den 1970er Jahren negative Geburtenbilanzen auf, die Bevölkerungszahl ist aber ständig im Steigen begriffen - bedingt durch eine positive Wanderungsbilanz. Von 2002 bis 2010 sind beinahe 80.907 Personen mehr nach Niederösterreich zu- als weggezogen. Dabei weist Niederösterreich mit dem Ausland einen Wanderungsgewinn von 37.966 Personen auf, mit den anderen Bundesländern von 42.941. Im Durchschnitt der letzten neun Jahre sind jährlich 13.281 Personen (insgesamt 119.528) aus dem Ausland nach Niederösterreich gezogen.



Frage der Herkunft

47,3 % (56.540 Personen) aller Zuzüge aus dem Ausland nach Niederösterreich kamen 2002 bis 2010 aus Staaten der EU, des EWR oder der Schweiz. Darunter weisen 13.270 als Herkunftsland Deutschland auf. Hinter den 15.776 Personen aus Staaten des ehemaligen Jugoslawien (ohne Slowenien) ist dies die größte Gruppe aus einem einzelnen Staat. An dritter Stelle der Herkunftsländer liegt Rumänien, das im Jahr 2010 mit 1.741 Personen noch vor Deutschland (1.529) die meisten ZuwanderInnen stellte. Viele Menschen wanderten in den letzten neun Jahren auch aus der Slowakei, Polen, Ungarn, der Türkei und Russland nach Niederösterreich. Außerhalb Europas stellen Afghanistan (1.894), die USA (1.609) und Nigeria (1.112) die stärksten Herkunftsländer dar. Zu erwähnen sind 13.505 Personen, bei denen aus unterschiedlichen Gründen kein Herkunftsland ermittelt werden konnte. Da sowohl aus dem Ausland österreichische StaatsbürgerInnen rückwandern als auch aus anderen Bundesländern Angehörige anderer Staaten nach Niederösterreich kommen, ist eine genauere Betrachtung der insgesamt 139.393 von 2002 bis 2010 nach Niederösterreich zugewanderten nicht-österreichischen StaatsbürgerInnen sinnvoll - es sind immerhin 40,1 % aller Zuzüge. Mit 67.185 Personen gehörte knapp die Hälfte einem EU-Staat an. Die größten Gruppen waren 15.652 deutsche, 12.978 serbisch-montenegrinische und 12.847 rumänische StaatsbürgerInnen. Die alleine im Jahr 2010 zugewanderten 2.117 rumänischen Staatsangehörigen stellen überhaupt die größte einzelne Zuwanderungsbewegung dar. Die höchste absolute Anzahl an Zuzügen aus dem Ausland 2002 bis 2010 weist mit 17.632 Personen der Bezirk Baden auf, ebenso den höchsten relativen Wert mit 12,8 % gemessen an der Wohnbevölkerung 2011. An zweiter Stelle rangiert hier der Bezirk Lilienfeld mit 12,6 % (Rang 15 bei der absoluten Zahl). Der Bezirk Mödling liegt mit 10.687 Personen an zweiter Stelle. Am anderen Ende der Skala liegt Waidhofen an der Thaya (594 Zuzüge, 2,2 % der Wohnbevölkerung). Detailliertere Informationen zur Migration in Niederösterreich stellt die NÖ Landesstatistik auf Anfrage gerne zur Verfügung (E-Mail: post.ru2statistik@noel.gv.at).

Siehe Cover - Abbildung 6

Detailliertere Informationen zur Migration in Niederösterreich stellt die NÖ Landesstatistik auf Anfrage gerne zur Verfügung (E-Mail: post.ru2statistik@noel.gv.at).

5.6. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als Herausforderung für die regionale Entwicklung

MigrantInnen werden einerseits häufig in Niedriglohntätigkeiten eingesetzt, andererseits in Branchen und Tätigkeiten, die dem internationalen Wettbewerb besonders ausgesetzt sind und die starke saisonale und konjunkturelle Beschäftigungsschwankungen aufweisen. Auch ihre Beschäftigungsformen sind oft prekärer Natur. Diese Faktoren tragen nicht nur zu einer hohen Beschäftigungsunsicherheit bei, sondern auch zu einer geringen Einkommensstabilität. In der Folge ist ein hoher Anteil der MigrantInnen von Verarmung bedroht. Das stellt eine große Herausforderung für die regionale Struktur- und Sozialpolitik dar, da ja MigrantInnen gerade dort eingesetzt worden sind, wo sie zum Überleben von Betrieben und Branchen beitragen sollten. Diese Regionen und Betriebe kämpfen heute oft ums Überleben, da sie nicht über ausreichend Ressourcen verfügen, um Investitionen in die Wirtschaft und die Arbeitskräften neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen.

Siehe Cover - Abbildung 7

Es muss also behutsam vorgegangen werden, um in einem langsamen Prozess, in den alle regionalen AkteurInnen eingebunden werden, in der Vielfalt der Menschen vor Ort eine Stärke zu sehen. Sie gilt es zu nutzen und aufzubauen, in Schulen, auf dem Arbeitsplatz, in der Freizeitgestaltung, damit das Gemeinsame im Vordergrund steht und das Trennende in den Hintergrund tritt. Der soziale Zusammenhalt kann dann einen wichtigen Beitrag zu einem wirtschaftlichen Neustart darstellen. Dabei kann eine stärkere wirtschaftliche Vernetzung der Regionen mit den Herkunftsländern der MigrantInnen unterstützend wirken.

Damit wird dem sozialen Zusammenhalt eine Brücke gebaut, die eine Motivation zur Mitarbeit und Mitgestaltung des Sozial- und Wirtschaftsraumes wird, der soziale Ungleichgewichte überwindet und eine Revitalisierung der Wirtschaft einleitet. In diesem Sinne wird der Koordination der sozialen Dienste und der Einbindung aller bisher ungenutzten Ressourcen ein hoher Stellenwert eingeräumt, der auch der Wirtschaft neue Impulse geben wird.



6. Ausblick

Die vorliegende Broschüre liefert einen Einblick in die vielen Facetten des Zusammenlebens der MigrantInnen und der langansässigen Einwohnerschaft Niederösterreichs. Sie zeigt auf, wie das Land Niederösterreich abgestimmt auf die zentralen Ziele des nationalen Aktionsplans für Integration Gemeinden und Vereine bei der Umsetzung von Projekten unterstützt und die Verankerung von Integration als Querschnittsmaterie in den einzelnen Verwaltungseinheiten forciert.

Für die Zukunft gilt, dass wir mehr über das Zusammenleben und darüber, was wir darunter verstehen, diskutieren und die daraus resultierenden Maßnahmen umsetzen, und zwar mit

- >> den Einheimischen, die den gesellschaftlichen Veränderungsprozess, den Zuwanderung mit sich bringt, als Realität verstehen und anerkennen sollen,
- >> den MigrantInnen, die sich stärker beteiligen sollen (z. B. in Form von Freiwilligentätigkeit)
- >> den Gemeinden, die eine wichtige Rolle in der Integrationsarbeit einnehmen,
- >> mit den Menschen in den Institutionen und Vereinen, die Integration im Alltag leben, aber insbesondere auch mit jenen, die dem Thema reserviert gegenüberstehen.

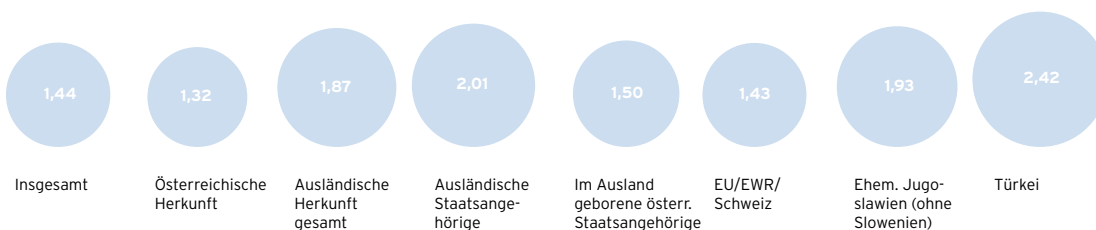
MigrantInnen, die im sozialen und kulturellen Integrationsprozess erfolgreich sind, sollen sich stärker in die Integrationsarbeit einbringen und eingebunden werden und zwar als „role models“. Diese Vorbilder werden als wichtige DialogpartnerInnen für die Mehrheitsgesellschaft benötigt, um eine gute Umsetzung des Integrationsprozesses fortzusetzen. Denn Integration beruht auf Wechselseitigkeit, es braucht das Fördern und Fordern, um für die Zukunft gut vorbereitet zu sein.

Die Beispiele sollen Mut machen und zeigen das Engagement von Einzelnen und Gruppen, um etwas Neues zu schaffen, das unsere gemeinsame Lebenswelt bereichert. Diese Broschüre bietet neben Information viele Ideen und Handlungsanleitungen und zeigt, wie wichtig Dialog auf allen Ebenen ist. Sie lädt ebenso dazu ein, sich Beratung und Unterstützung durch das Integrationservice der NÖ Landesakademie zu holen.

Integration funktioniert, wenn Menschen der Aufnahmegesellschaft Offenheit leben, gute Rahmenbedingungen gegeben sind und Menschen mit Migrationshintergrund sich aktiv einbringen, ein Teil der Gemeinschaft zu werden.

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau 2010 nach Staatsangehörigkeit/Geburtsland der Mutter

Q: Statistik Austria, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung



integrationservice.noe-lak.at

Mag. Murat Düzel
Leitung Integrationservice
Büro: 02742-294-17491
Mobil: 0664-604-17491
E-Mail: murat.duezel@noe-lak.at

Gertrud Mimler
Integrationservice
Büro: 02742-294-17492
E-Mail: gertrud.mimler@noe-lak.at

**Wissenschaftliche Analyse
und Betreuung:**

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ habil.
Gudrun Biffel
Donau-Universität Krems
Büro: 02732-893-2413 oder -2332

Fotonachweis:
123rf.com, photocase.de

Gestaltung: lansernutz.com

